

HOCHSCHUL-DIENST

INFORMATIONEN AUS DEM WISSENSCHAFTLICHEN LEBEN

Herausgegeben von Dr. Josef Raabe in Zusammenarbeit mit der Westdeutschen Rektorenkonferenz,
dem Deutschen Akademischen Austauschdienst und dem Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft



JAHRGANG XVII — NR. 2

Bonn, 23. Januar 1964

AUSGABE A

„Stand und Aufgaben der französischen Afrika-Wissenschaften“

Bericht über ein Kolloquium des Wissenschaftlichen Beirates der Deutschen Afrika-Gesellschaft vom 2.—4. Januar in Köln

Kenntnisse über Afrika zu erwerben, informiert zu sein, was es auf diesem Kontinent Neues gäbe, war in Deutschland weit weniger ein Anliegen breiter Volksschichten, als in den ehemaligen Kolonialmächten England, Frankreich oder Belgien. Die Wissenschaftler, denen der Impuls des öffentlichen Interesses fehlte, neigten dazu, ohne interdisziplinären Kontakt ihre Forschungen und die Lehre an den Universitäten in enger fachwissenschaftlicher Abgrenzung zu betreiben. Vor zwei Jahren versuchte deshalb der wissenschaftliche Beirat der Deutschen Afrika-Gesellschaft mit einem Kolloquium über Stand und Aufgaben der deutschen Afrikawissenschaften die interessierten Gelehrten miteinander ins Gespräch zu bringen (Veröffentlichung der damals vorgetragenen 15 Referate in „Deutsche Afrikawissenschaft“, Köln 1962; 172 S.). Der Erfolg und die Resonanz der Tagung überraschte selbst die Veranstalter und führte zu dem Plan, weitere Symposien zu organisieren, bei denen deutsche Afrikawissenschaftler aller Disziplinen mit ausländischen Kollegen und diese untereinander zusammen kommen und ihre Erfahrungen und Pläne diskutieren können.

Die erste dieser Veranstaltungen wurde nun in Köln abgehalten und vereinte französische und deutsche Forscher in der Form, daß jeweils ein Franzose über seine Disziplin sprach und ein deutscher Fachkollege — wo möglich, derjenige, der vor 2 Jahren das Referat auf der damaligen Tagung gehalten hatte — Vorsitz und Diskussionsleitung übernahm. Vorausgeschickt sei schon hier, daß selbst für die Gäste aus einem Land mit einer überaus aktiven Afrikaforschung und einer gut organisierten Société des Africanistes das Kolloquium manche erste Begegnung mit einem Kollegen aus einer anderen Disziplin brachte, dessen Namen man wohl schon kannte, den man aber persönlich nie zu Gesicht bekommen hatte. Generell war man dankbar, daß z.B. Veterinärmedizin und Bodenkunde in das Programm einbezogen worden waren, was in Frankreich kaum jemals bei ähnlichen Veranstaltungen bisher geschehen ist.

Es ist vielleicht nützlich, an den Anfang einer kritischen Würdigung eine Übersicht über das Programm zu geben. Der Präsident der französischen Société des Africanistes und zugleich der Ko-Präsident der Kölner Tagung neben dem Vorsitzenden Dr. Abel des Wissenschaftlichen Beirates, Prof. Jean-Paul Lebeuf, Ethnologe und Archäologe, hielt einen einleitenden Vortrag, in dem er auf die verbindenden Interessen, Aufgaben und Probleme der französischen Afrikawissenschaft im Allgemeinen einging. Hier wurde der Rahmen für die nächsten Tage gegeben und durch die Wahl des Veranstaltungsortes ein neuer Akzent gesetzt: Der Direktor des Institut Français in Köln, Herr Prof. Jourdan, hatte zu Vortrag und Empfang in sein Haus geladen und betonte damit die französisch-deutschen Gemeinsamkeiten neben denen der Afrikawissenschaftler.

Der zweite Tag fand die Teilnehmer in der Industrie- und Handelskammer in Köln, wo eine leider immer noch unerläßliche Voraussetzung für eine derartige Veranstaltung gegeben war: die Simultan-Dolmetscheranlage. Vorgelesen waren Referate in den folgenden Disziplinen (in Klammer dahinter angeführt der französische Vortragende und der deutsche Diskussionsleiter): Bodenkunde (Aubert/

Paris — Kubiena/Hamburg), Botanik (Mangenot/Paris — Walter/Stuttgart-Hohenheim), Landwirtschaft (Dumont/Paris — Wilbrandt/Göttingen), Geologie (Geze/Paris — Martini/Hannover), Humanmedizin (Vaucel/Paris — Knüttgen/Hamburg), Veterinärmedizin (Pagot/Paris — Mitscherlich/Göttingen), Wirtschaftswissenschaften (Leduc/Paris — Kapferer/Hamburg), Afrikanische Sprachen (Alexandre/Paris — Rapp/Mainz), Geographie (Pelissier/Paris — Mensching/Hannover), Vorgeschichte (Balout/Paris — Smolla/Frankfurt; französisches Koreferat Mauny/Paris), Völkerkunde (Zahan/Straßburg — Beuchelt/Köln), Neue Geschichte (Deschamps/Paris — Cornevin/Paris; hier wie in der Soziologie waren ausnahmsweise auch französische Vorsitzende gebeten worden, um der hervorragenden Bedeutung der Herren Cornevin und Bastide gerecht zu werden), Politische Wissenschaften (Merle/Bordeaux — Ansprenger/Berlin), Soziologie (Mercier/Paris — Bastide/Paris). Kann besser als durch diese einfache Aufzählung demonstriert werden, wieviel leichter den französischen Kollegen der Kontakt untereinander schon durch die Tatsache möglich ist, daß sie fast alle in der Metropole lehren und forschen?

Es ist selbstverständlich, daß bei einem so reichhaltigen und weitgespannten Programm nicht jeder einzelne Punkt so reibungslos zu erledigen war, wie er sich bei der Planung auf das Papier schreibt: Absagen und Umbesetzungen, Improvisationen und Ausfälle waren unvermeidlich. Kein Vertreter der mit Afrika befaßten Soziologie war erschienen; der Beitrag von Prof. Aubert vom Office de la Recherche Scientifique et Technique d'Outre-Mer mußte in Paris auf Band genommen und dann in Köln abgespielt werden; für Prof. Dumont trat sein deutscher Kollege Wilbrandt ein, dessen Sachkenntnis und Hilfsbereitschaft die Veranstalter vor einer Panne rettete; für Prof. Alexandre von der École Pratique des Langues Orientales Vivantes wurde das Manuskript verlesen, er selbst war durch Krankheit an der Reise verhindert worden.

Neben den fachlichen Einzelheiten, über die gleich noch zu sprechen sein wird, interessierte besonders die gute Organisation und die finanzielle Großzügigkeit, mit der in Frankreich wissenschaftliche Projekte angefaßt werden. Neben einer Reihe von speziellen Körperschaften sind ins-

INHALT

Zur Bedeutung der Information über Wissenschaft und Forschung	3
850 DAAD-Kunststipendiaten seit 1955/56	5
Von der Deutschen Forschungsgemeinschaft	5
Der Präsident des Hochschulverbandes	
65 Jahre alt	5
Unbequeme Bildungsökonomie	6
15 Jahre Verband Deutscher Studentenschaften	7
Wohnheimliste 1963	7
Studienreform — Möglichkeiten der Verwirklichung in den bestehenden Universitäten	8

besondere zwei Organisationen für Koordinierung und Finanzierung wissenschaftlicher Vorhaben vorhanden: das bereits erwähnte ORSTOM, das wohl besonders darauf sieht, daß die Anwendung gewonnener Erkenntnisse auf die Praxis nicht zu kurz kommt, und das Centre National de la Recherche Scientifique (CNRS), das in etwa unserer Forschungsgemeinschaft zu vergleichen ist, aber darüber hinaus auch selbst Wissenschaftler beschäftigt, die hier in einer strengen Hierarchie aufrücken können — es gibt *maître de recherche*, *directeur de recherche* etc. — und für die eine großzügige Altersversorgung besteht. Angestellte des CNRS sind aber auch in der Lehre tätig, so z. B. an der École Pratique des Hautes Études, und tragen wesentlich zu einer Verbesserung der Ausbildung in ihren Fächern an den Universitäten bei, ohne daß sie in ihrer Forscher-tätigkeit durch administrative Aufgaben behindert werden.

Außer allen Disziplinen gemeinsamen Vorteilen traten allerdings auch Mängel zutage, unter denen sie gemeinsam leiden. So sind die installierten Mächte in Frankreich ebenso konservativ wie die in Deutschland. Neue Fächerkombinationen, neuartige Untersuchungsverfahren werden, soweit sie administrative Änderungen erfordern, weniger sachlich geprüft als vielmehr mißtraulich daraufhin betrachtet, wie sie sich mit eingefahrenen Traditionen und Tabus vertragen. Mehr auf der finanziellen Seite liegen auch in Frankreich die Schwierigkeiten einer ausreichenden Publikation wissenschaftlicher Arbeiten. Die gleichen Klagen, die wir vorbringen, hörte man auch von den Gästen: unzureichende Mittel für Zeitschriften, kein Geld zu Veröffentlichung von Grundlagenforschung, selbst wenn diese für politische Tagesprobleme, wie Entwicklungshilfe u. ä. von großer Bedeutung sein könnte.

Es ist nicht möglich, in diesem Rahmen allen Vorträgen inhaltlich voll gerecht zu werden; wer hier eine eingehende Würdigung gerade dessen vermißt, was ihn im besonderen angeht, sei auf die vorgesehene Publikation der Tagung verwiesen, die in Kürze bei der Deutschen Afrika-Gesellschaft in Bonn erhältlich sein wird. Im Widerstreit der Möglichkeiten hat sich der Rezensent entschieden, lieber einiges ausführlicher, als alles nur oberflächlich zu besprechen. Einer der Höhepunkte des Kolloquiums war in Form und Inhalt der Vortrag von Professor Mangenot, Institut National Agronomique in Paris, der die Botanik vertrat. Wie alle seine Kollegen befaßte er sich fast ausschließlich mit den französischen Arbeiten in und über die afrikanischen Gebiete, die einst unter französischer Verwaltung standen. Tatsächlich haben sich auch kaum Franzosen mit anderen als diesen Gebieten beschäftigt. Bereits beim Referat von Mangenot tauchte das Problem auf, daß die Teilnehmer noch häufig beschäftigen sollte: das einer sauberen geographischen und politischen Terminologie in der Abgrenzung der einzelnen Regionen. Begriffe wie Nord- und tropisches Afrika, Schwarzafrika, Zentralafrika waren manchem der Zuhörer am Ende durchaus nicht mehr so neutral und problemfrei, wie sie ihnen am Anfang erschienen. Im einzelnen führte M. aus, daß die botanische Erforschung der Sahara bereits im 18. Jahrhundert begann und bereits im Anfang des 19. Jh. eine Regierungskommission für die botanische Erforschung Algeriens tätig war. Früh entstanden auch schon Herbarien in Paris, Algier und Rabat. Die Arbeiten in diesen Gebieten können heute als beendet angesehen werden und sind in umfassenden Werken publiziert, so in den 20 Bänden „Die Flora Nordafrikas“ von R. Maire, in der „Neuen Flora Algeriens“ von Quezel und Santa, und entsprechenden Werken über Marokko (Sauvage und Vindt) und Tunesien (Cuenod). Mag man auch bezweifeln, daß die botanische Bearbeitung Nordafrikas jemals als „abgeschlossen“ gelten kann, so erklärt das Vorhandensein dieser Meinung doch, warum man sich wohl noch mit der Anwendung botanischer Erkenntnisse in der Land- und Gartenwirtschaft befaßt, weniger aber mit reiner Botanik. Vegetationskarten werden u. a. erstellt von Gaussen in Toulouse. In der nachkolonialen Epoche werden alle Arbeiten gemeinsam mit den nun unabhängigen Ländern in Angriff genommen und koordiniert vom „Centre d'Études Phytosociologiques et Écologiques“ in Montpellier (Direktor ist Prof. Emberger). Ständige Missionen arbeiten in Tunesien, Algerien und Marokko, die vom Zentrum in Montpellier kontrolliert und mit qualifiziertem Nachwuchs versehen werden. Wie bereits erwähnt, stehen Kartierungen und ökologische Studien im Vordergrund. Die botanischen Institute der Universitäten von Algier, Rabat und Tunis, geleitet von jüngeren französischen Botanikern, kollaborieren natürlich in vollem Maße.

Die Flora des tropischen Afrika war ebenfalls seit dem 18. Jh. Ziel systematischer Erforschung. In der Zeit der Pazifikation West- und Zentralafrikas waren es besonders die Verwalter und Militärs, die neben den Missionaren eine bedeutende Sammeltätigkeit entwickelten. In der Gegenwart gab es einen neuen Aufschwung nach der Zwangspause während des letzten Krieges. Im Zuge des allmählichen Übergangs von der Dominanz französischer Planung auch in der botanischen Forschung zu Partnerschaft mit den neuen Staaten wurde die Organisation und Durchführung der Arbeiten von 5 Institutionen getragen: den naturwissenschaftlichen Sektionen der bereits erwähnten ORSTOM und CNRS, die Grundlagenforschung trieben und zu denen sich auf diesem Gebiet in zunehmendem Maße die afrikanischen Universitäten gesellen, wie z. B. die von Dakar, die Dienste für Landwirtschaft, Gewässer und Forsten (*Services de l'Agriculture et des Eaux et Forêts*), die die Verbreitung und Anwendung der Forschungsergebnisse gewährleisten sollen, und schließlich die Fachinstitute, zum Teil hervorgegangen aus dem ehemaligen Institut Français d'Afrique Noire, die sich ganz der angewandten Forschung widmen. Sie einzeln hier zu nennen, würde zu weit führen. Interessierte finden sie sämtlich aufgeführt in der von der Deutschen Afrika-Gesellschaft herausgegebenen Broschüre „Wissenschaft in Afrika“. Finanziert werden alle diese Einrichtungen von Frankreich, das auch für die Ausbildung des wissenschaftlichen Nachwuchses sorgt. Organisatorisch unterstehen die einzelnen Dienste für Landwirtschaft etc. sowie die Fach- und anderen Institute des ehemaligen IFAN direkt den nationalen Landwirtschaftsministerien ohne eine förderative Bindung untereinander. Bisher ist nach den Ausführungen Mangenots trotzdem weder eine Rivalität unter den Instituten noch eine Duplizität der Arbeitsbereiche festzustellen, was wohl hauptsächlich der Tätigkeit eines internationalen Komitees zur Koordinierung der wissenschaftlichen Forschungsarbeiten zu verdanken ist, das in jedem Land eine Kommission unterhält, die dem jeweiligen nationalen Landwirtschaftsminister in Zusammenarbeit mit dem Erziehungsminister unterstellt ist.

Die Planungen für die Zukunft sehen eine möglichst vollständige Erfassung der Flora, deren Kartierung und die Anwendung der reinen Forschung in der landwirtschaftlichen Praxis vor. Eine bedeutende Schwierigkeit bei der Durchführung liegt darin, daß es sehr schwer ist — und auch hier sehen wir wieder Parallelen zu den Verhältnissen in Deutschland —, geeignete junge Wissenschaftler zu finden, die bereit sind, für eine genügend lange Zeit ihre heimatliche Karriere aufzuschieben und nach Afrika zu gehen. Aussichtsreicher ist die Lage in Afrika selbst: junge Afrikaner interessieren sich ganz außerordentlich gerade für die Botanik und leisten auf diesem Gebiet bereits Erhebliches, so daß die Hoffnung besteht, hier einen Teil des Nachwuchsbedarfes im Lande selbst zu decken.

Wenn hier die Botanik besonders ausführlich behandelt wurde, dann einmal wegen der hohen Qualität des Vortrages selbst, zum anderen aber auch, weil die technischen und administrativen Details, die hier ausführlich dargelegt wurden, für die anderen Fächer die gleichen sind. ORSTOM, CNRS, Nachfolgeinstitute des IFAN und neue afrikanische Universitäten spielen in den anderen Disziplinen eine analoge Rolle, ebenso wie auch dort die gleichen Probleme durch die Auflösung der föderativen Verbundenheit der früheren territorialen Institutionen und ihrer Nationalisierung bestanden und auch auf analoge Weise durch internationale Kommissionen wenigstens vorläufig noch gelöst werden. Weniger günstig als in der Botanik stellt sich in den meisten anderen Disziplinen die Situation des afrikanischen Nachwuchses dar. Besonders die Geologen, Geographen, Mediziner und Veterinäre klagten über das mangelnde Interesse junger afrikanischer Studenten an diesen Fächern und ihr Bestreben, möglichst nur solche Dinge zu betreiben, die gradlinig in die Politik führen.

Prof. Dr. Vaucel/Médecin Général des Instituts Pasteur in Paris widmete seine Ausführungen Frankreichs Anteil an der medizinischen Forschung und dem Fortschritt der Volksgesundheit im ehemals französischen Afrika, und sicher wäre keiner mehr dazu berufen als der Leiter einer der großartigsten medizinischen und hygienischen Organisationen, die wir überhaupt kennen: der Instituts Pasteur mit ihrem Zentrum in Paris und den Zweigstellen in allen Teilen des französischen Weltreiches. Heute liegt es in den Händen des Ministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit, das von den afrikanischen benötigte medizinische

Personal auszusuchen und den einzelnen Staaten zur Annahme vorzuschlagen. Die Ausbildung liegt in den Händen der höheren Militärschule für Gesundheitswesen der Marinetruppen, des Instituts Pasteur in Paris und der Institute für Tropenmedizin an den verschiedenen französischen Universitäten. Dazu kommen Ausbildungsmöglichkeiten an den medizinischen Fakultäten der Universitäten von Dakar und Tananariva (Madagaskar). Reine Forschungszentren sind die medizinischen Fakultäten, die Pasteur-Institute in Dakar, Brazzaville, Bangui, Yaounde und Tananariva und die medizin. Forschungsstellen des ORSTOM in Bobo-Dioulasso, Bangui, Yaounde, Brazzaville und Tananariva. Dazu kommen die speziellen Forschungsinstitute der O.C.C.G.E. (Organisation für Zusammenarbeit und Koordination der Seuchenerkämpfung) in Bamako, Dakar und Bobo-Dioulasso. Die medizinische Forschung widmet sich in erster Linie der Bekämpfung von Malaria durch vorbeugende Vernichtung der Überträger, der Schlafkrankheit, der Filariose, der Lepra, der besonders in letzter Zeit verstärkt auftretenden Meningokokkenmeningitis, Viruserkrankungen, Pilzkrankheiten und schließlich Ernährungsschäden. In der praktischen Anwendung der Forschungsergebnisse stellt man Pläne zur vorbeugenden Bekämpfung von Seuchenträgern auf, erstellt Ernährungspläne zur Steigerung der individuellen Resistenz der Afrikaner und rüstet Krankenhäuser mit Spezialmaterial aus. In der Zukunftsplanung tritt wohl die klinische Medizin erheblich hinter den Problemen der „Massenmedizin“ zurück, wobei die Bekämpfung der Epidemien auch weiterhin den Vorrang hat. Auf die sehr fachlich-spezifischen Ausführungen Vaucels über die einzelnen Untersuchungen, die Entwicklung von Heilmitteln und die Ergebnisse kann hier leider nicht eingegangen werden. Als ein wesentliches technisches Problem bezeichnete der Referent die mangelhafte Infrastruktur im Gesundheitsdienst der neuen afrikanischen Staaten, wodurch weder eine konsequente Überwachung von Bekämpfungsaktionen noch eine umfassende Durchführung hygienischer Maßnahmen möglich sei.

Schließlich sei hier noch eingegangen auf die Ausführungen des ehemaligen Gouverneurs von Madagaskar und jetzigen Ordinarius für Neue afrikanische Geschichte an der Sorbonne, Prof. Hubert Deschamps. Diese Besprechung soll stellvertretend stehen auch für die anderen Humanwissenschaften, die Völkerkunde oder Archäologie, die hier zu kurz kommen müssen. Im Gegensatz zu den Naturwissenschaften sind unsere Kenntnisse über die Geschichte Afrikas beschränkt auf 3 Gebiete: das alte Ägypten, die Eroberung der europäischen Kolonien und die europäische Erschließung Südafrikas. Lange behaupteten die Historiker, aus Mangel an Unterlagen überhaupt keine Geschichtsforschung im tropischen Afrika durchführen zu können, und überließen das Feld den Missionaren und Ethnologen. Cultru an der Sorbonne, Martineau am Col-

lège de France oder später Julien lehrten und untersuchten Kolonisationsgeschichte, und erst in neuester Zeit wurde durch die Schaffung zweier Lehrstühle für afrikanische Geschichte (z. Zt. besetzt von Mauny und Deschamps) und zweier weiterer für Ethnologie (z. Zt. Bastide und Leroi-Gourhan) auch die institutionelle Voraussetzung für eine wissenschaftliche Bearbeitung der lange vernachlässigten Materie geschaffen. Daneben gibt es neuerdings Centres d'Études Africaines an der École Pratique des Hautes Études, an der Sorbonne (neben den Lehrstühlen), an der École des Langues Orientales, beim CNRS und beim ORSTOM. Wissenschaftler am Musée de l'Homme und ein Centre de Documentation sur l'Outre Mer widmen sich ebenfalls gemeinsam mit den entsprechenden Instituten der Provinzuniversitäten der Erhellung der afrikanischen Geschichte. Leider steht allen diesen Bemühungen nur ein einziges wirkliches Fachorgan zur Verfügung: die „Revue Française d'Histoire d'Outre-Mer“, als Organ der Société d'Histoire d'Outre-Mer (Präsident: H. Deschamps). Auf dem Gebiete der historischen Feldforschung liegt die Hauptinitiative seit langem bei den Instituten des IFAN und ihren Nachfolgern sowie bei entsprechenden Instituten des ORSTOM. Wichtigste Aufgabe, auch für die nächste Zukunft, ist die Vervollständigung der Geschichtsquellen: Auswertung europäischer und arabischer Berichte sowie schriftlicher einheimischer Quellen in Madagaskar und Äthiopien und wissenschaftlich exakte Deutung der prähistorischen Funde. Die Auswertung von Mythen und mündlichen Überlieferungen soll in Zusammenarbeit mit den Ethnologen intensiviert und die Methoden zur Quellenkritik verfeinert werden. Besondere Aufmerksamkeit verdienen dabei Fragen nach der Art der jeweiligen Übertragung, der Funktion der Überlieferung (als Legitimation der Herrscherfamilie z. B.) und der durch diese beiden Faktoren bewirkten Veränderung der überlieferten Tatsachen. Da die alten Leute, die noch den Traditions- und Mythenschatz ihres Volkes beherrschen, rasch wegsterben, ist hier ein besonders schnelles Arbeiten erforderlich. Arbeitsgruppen mit Magnetophonen sollen eine möglichst vollständige Erfassung sichern. Eine wichtige Aufgabe liegt darin, afrikanische Studenten für die Aufgabe zu gewinnen und ihnen die Scheu davor zu nehmen, sich mit den „primitiven“ Zeiten ihrer Stämme zu befassen, die viele von ihnen heute je einer, je lieber vergessen machen möchten.

Das im allgemeinen sehr positive Echo der Teilnehmer an der hier kurz beleuchteten Veranstaltung auf den Versuch, sich zunächst einmal in Europa selbst über Pläne, Absichten, Probleme, aber auch Erfolge der Afrikaforschung einen Überblick zu verschaffen, ermutigte den Wissenschaftlichen Beirat der DAG, für den Januar 1965 ein Kolloquium über den Stand und die Ziele der britischen Afrika-Wissenschaften vorzubereiten. E. Beuchelt

Zur Bedeutung der Information über Wissenschaft und Forschung

Ruf und Echo 1963

Bei der Bedeutung, die in der Gegenwart Wissenschaft und Forschung für fast alle Lebensbereiche erlangt haben, ist die Information der Öffentlichkeit, insbesondere auch für die parlamentarische Urteilsbildung in Bund und Ländern eine unentbehrliche Voraussetzung. Dieses Informationsbedürfnis ist vielseitiger Art. Es erstreckt sich nicht allein auf Berichterstattung, Auskunft und Meldungen, um die Leistung und die dafür aufgewandten Mittel zu rechtfertigen, es zielt auch auf Kundgaben, Aufklärungen und Repliken, um die innere Lebendigkeit dieses Bereiches nach außen zu vermitteln und die Chancen für dessen weitere Entwicklung zu erkennen.

Es ist im privaten und erst recht im öffentlichen Leben ein schwerer Nachteil, die Urteilsbildung der Information voranzustellen. Den Schaden trägt im zweiten Fall nicht wie im ersten der Einzelne selbst, sondern die Gesamtheit aller Passagiere, die im Staatsschiff unter einer Leitung und mit deren parlamentarischer Mannschaft zusammen leben. Mangel an Sachkunde im heutigen Funktionsbereich der Wissenschaft und Forschung wirkt besonders lähmend auf die Navigationssicherheit in aufkommenden Stürmen, die die Zukunft dem deutschen Volk ebenso wenig ersparen wird, wie es die Vergangenheit getan hat.

Wie in der Schifffahrt die Fernorientierung durch Radar und die modernen Nachrichtenmittel die früher dominierende Bedeutung des Kompaß verringert, jedoch seine Funktion auf der Kommandobrücke nicht beseitigt haben,

so ist die Bedeutung von Wissenschaft und Forschung in der weltpolitischen Orientierung weit über die Kräfte des „gesunden politischen Sinnes“ hinausgewachsen, die wohl innerhalb der staatlichen Grenzen des Volkes immer noch den besten Kompaß für die Regierungsgeschäfte anbieten. Abgesehen von der beruflichen Informationsaufgabe, die seitens der Presse und der anderen Kommunikationsmittel mehr vermittelnder und berichtender Art ist, also aus einer passiven Mitverantwortung heraus geleistet wird, stehen in der aktiven Verantwortung für eine hinreichende, zuverlässige und aktuelle Information über die uns hier interessierenden Bereiche Wissenschaft und Forschung deren drei Aktionspartner: der Staat, die Wirtschaft und nicht zuletzt die Wissenschaft selbst.

Um das Bewußtsein für dieses Zusammenwirken zu stärken und um damit der Pflege und Förderung zu dienen, die für die Entwicklung unseres geistigen Lebens und die fortdauernde Folge der gelehrten Leistungen unserer Generation so bedeutsam sind, möge über Ruf und Echo im vergangenen Jahr kurz resümiert werden.

Die Sprecher der Wissenschaft

Es ist ein guter Entschluß des Präsidenten der Max-Planck-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften, des Nobel-Preisträgers Prof. Dr. Adolf Butenandt gewesen, soeben an der Jahreswende die deutschen Wissenschaftler aufzurufen, in größerem Ausmaße als bisher die

breite Öffentlichkeit über ihre Arbeiten und ihre Ziele zu informieren. „Nicht nur der Naturfreund will den Fortschritt unserer Erkenntnisse verstehen, auch der Steuerzahler, der die hohen Ausgaben für die Forschung letztlich zu tragen hat, will wissen, was und warum geforscht wird. Neben beide tritt fragend der um seine Zukunft besorgte Mensch mit seinem Aufklärungsbegehren“, wendet sich Butenandt mahnend an seine Kollegen an den Hochschulen und allen übrigen Forschungsinstituten. Dieser Appell aus dem Munde eines Biologen, der gleichzeitig die Verdienste der populären naturwissenschaftlichen Zeitschrift „Kosmos“ anlässlich ihres 60jährigen Bestehens würdigt, richtet sich dort vordringlich an die Naturforscher. Er ist aber in der ganzen Breite aller wissenschaftlichen Disziplinen ebenso berechtigt und sollte allen Hochschullehrern und wissenschaftlichen Forschern ins Stammbuch geschrieben werden.

Wie aufgeschlossen dieses Thema seitens der Presse aufgegriffen wurde, zeigen nicht nur deren zahlreiche Berichte über Butenandts Mahnruf, sondern noch deutlicher sagen es die positiven Kommentare, mit denen fachkundige Schriftleiter darauf geantwortet haben. „In der Tat: hier liegt es bei uns noch im argen“, schreibt C. W. in der „Welt“ und bringt dafür peinliche Beispiele.

Umso verdienstvoller sind die Bemühungen derjenigen deutschen Wissenschaftler zu bewerten, die — wie von einigen wenigen bereits seit Jahren — so auch 1963 in unermüdlicher Folge das Wort zur öffentlichen Information über Wissenschaft und Forschung sowie zur Anregung der öffentlichen Diskussion darüber ergriffen haben. Das ist neben Butenandt selbst, der als Präsident der Max-Planck-Gesellschaft deren Tagungen und sonstige Gelegenheiten stets betont benutzt hat, die Öffentlichkeit aller Kategorien zu informieren, in besonderer Prägnanz Professor Dr. Gerhard Hess, der Präsident der Deutschen Forschungsgemeinschaft seit einem Jahrzehnt. Mit der zunehmenden Diskussion über den gegenwärtigen Standort der deutschen Wissenschaft hat sich Hess nicht gescheut, nach dem Angriff des nordamerikanischen Wissenschaftlers und früheren wissenschaftlichen NATO-Beraters Professor Seitz als erster deutscher Mahner der schwelenden Kritik durch unverzügliche und unmittelbare Erhebungen seitens der Deutschen Forschungsgemeinschaft auf den Grund zu gehen. Die von ihm veranlaßte Bestandaufnahme hat begonnen, den Verallgemeinerungen ein Ende zu machen, die Fachgebiete im einzelnen zu behandeln, sowie auch die „inneren Gründe“ des Rückstandes zu beleuchten. Es wäre nur zu begrüßen, wenn der hierbei beschrittene Weg mutig fortgesetzt und so dem leider schon zu oft zitierten „Elfenbeinturm“ der amtlichen Wissenschaftsarbeit jegliches Odium der Selbstgenügsamkeit oder gar der Selbstgefälligkeit, wie es auch von ausländischer Seite geäußert worden ist, gründlich genommen wird.

Der deutschen Wissenschaftsarbeit und erfreulicherweise auch der deutschen Wissenschaftsförderung eignet entgegen den Trends in den anderen Ländern oder bei den internationalen Institutionen eine Grundhaltung, die Professor Hess gegen Ende des letzten Jahres mit besonderer Deutlichkeit öffentlich herausgestellt hat: Die Bedeutung der Geisteswissenschaften im Gesamtkomplex der Forschungsförderung. Es wäre natürlich kurzzeitig und falsch gegenüber der Förderung von naturwissenschaftlicher und technischer Forschung die Alternative des Entweder — Oder zu stellen. In voller Bewußtheit aller Folgen heißt die Forderung: Sowohl — als auch! Zu diesen Folgen gehört die Höhe der Aufwendungen für eine Wissenschaftsförderung, die primär nicht nach Zweck und Ziel fragt, die in der Grundlagenforschung nicht einen eng begrenzten Vorhof der angewandten Forschung und Entwicklung sieht, eine Förderung, die täglich neu in der Lage ist, großzügig zwischen Königen und Kärnern der Forschung zu unterscheiden, ohne dabei nach Alter und Stellung zu schielen. Wenn das Glück unserer bisherigen wirtschaftlichen Entwicklung uns befähigen könnte, in dieser Frage eigene deutsche Wege zu finden, so ließe sich die Chance, dem bisher kaum verdienten Wirtschaftswunder ein deutsches Wissenschaftswunder abzulisten, vielleicht noch gewinnen.

Mit seinem Programm, in der bisherigen Arbeit der Deutschen Forschungsgemeinschaft die Geisteswissenschaften durch die kompakten Ansprüche der Naturwissenschaften von einer planvollen Förderung nicht ausschließen zu lassen, hat Professor Hess in seinen Präsidentenjahren die Voraussetzung dafür gewahrt, daß das bisher so kritische Blatt der gegenwärtigen deutschen Wissenschaftsarbeit sich unter Umständen doch noch wenden lassen kann. Bedeut-

sam ist dafür, daß aus den gelegentlichen und vereinzelt Stimmen, wie sie z. B. Heisenberg, Wenke, Gerlach und — 1963 leider verstummt — Rüstow hören ließen, künftig ein unüberhörbarer Chor wird.

Sprecher für Bund und Länder

Für den staatlichen Bereich ist die Rolle des Bundeswissenschaftsministers Hans Lenz als Mahner zugunsten wie auch gegenüber der wissenschaftlichen Forschung in den kritischen Betrachtungen des Leitartikels unserer ersten Ausgabe dieses Jahres bereits charakterisiert worden. Im Konzert der Bundesminister wird Herrn Lenz die Aufgabe, für Wissenschaft und Forschung zu musizieren, so ziemlich allein überlassen. Obwohl sich fast alle Bundesminister wissenschaftliche Beiräte zugelegt haben, sind sie zu diesem Thema auffallend zurückhaltend. Die Vermutung, daß dies etatistisch bedingt sein könnte, ist gewiß falsch.

Eher schon erklingen die Stimmen einiger Länderminister, wenn auch weniger nach der Begleitmelodie, als häufiger im Kontrast zur Bundesmelodie. Obwohl zur Zeit mehrere Kultusminister der Länder ihre persönliche Beziehung zur Wissenschaft als „Professor“ kundtun, ist es am häufigsten Professor Mikat aus Nordrhein-Westfalen, der die Reform-Diskussion über die Hochschulen und deren Forschungsverhältnisse mit interessanten Anregungen mutig belebt. Im Hinblick auf die Rolle, die die Länder in der Gestaltung und Verwaltung der deutschen Wissenschaft spielen, ist die Teilnahme der Kultusminister an der Diskussion über deren heutige Problematik und über die Wege, sie zu lösen, nicht sehr groß. Mag es als Trost gelten, daß beim Musizieren stille Zurückhaltung meist besser ist, als falsche Töne zu produzieren. Leider hat es auch daran 1963 nicht ganz gefehlt, wenn man z. B. an Stichworte wie Bremen, Oldenburg, Dortmund oder Ulm denkt.

Für die Wirtschaft sprechen

Neben Wissenschaft und Staat verdient in der heutigen abschließenden Betrachtung über die Situation der deutschen Wissenschaft und ihre öffentliche Beurteilung als dritte Kraft die Wirtschaft erwähnt zu werden. Sie hat sich im Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft ein Organ geschaffen, dessen Bemühungen um die publizitäre Stärkung der deutschen Wissenschaft von zeitgeschichtlicher Bedeutung ist. Nicht das vielseitige Schrifttum, die Veranstaltungen und die Verlautbarungen dieses regen privaten Verbandes mögen hier anonym zu den bereits benannten Sprechern aus Staat und Wissenschaft hinzugesellt werden, sondern es können ebenfalls zwei Namen als prominente und mahnende Sprecher der deutschen Wirtschaft aus der übrigen Reihe herausgehoben werden. Die Generaldirektoren Dr. Dr. h. c. Vits und Dr. Dr.-Ing. E. h. Reusch sind sich als Vorsitzender des Vorstandes und als Vorsitzender des Gesprächskreises Wissenschaft und Wirtschaft der ganzen Verantwortung bewußt, mit der die deutsche Wissenschaft der Gegenwart nicht etwa als Diener, sondern als eigenständiger Partner der Wirtschaft zu sehen und zu beurteilen, zu behandeln und zu fördern ist. Für Vits gilt der Vorrang der Geisteswissenschaften ebenso eindeutig wie für Reusch der Vorrang der allgemeinen geistigen Hochbildung des akademischen Nachwuchses gegenüber einseitiger Fachausbildung. Beide ermüden nicht, diesen Auffassungen immer neue Argumente und allen Nachdruck ihrer Stellung und ihres Einflusses zu leihen. Es ist nur zu wünschen, daß ihr Ruf an Wirksamkeit und Widerhall weiter wachsen möge.

Der Bereich der deutschen Wissenschaften ist mit Lehre, Forschung und Ausbildung ein kompliziertes Gebilde, dessen heterogene Inhalte sich durch die staatsrechtlichen Verhältnisse in der Bundesrepublik noch besonders komplizieren. Zu dem Mangel an Sachkunde, der auch sonst ein hervorstechender Notstand des modernen gesellschaftlichen Lebens ist, tritt allzu oft die Misere einer wenig deutlichen Meinungsbildung und einer allzu anonymen länderstaatlichen Verantwortung, die aus den Auffassungen von heterogenen — oder zumindest heterogen reagierenden — politischen Partnern gefunden werden muß.

In unserer Zwangslage für Wissenschaft und Forschung kommt Persönlichkeiten, die sich aus Wissenschaft, Staat und Wirtschaft als verantwortungsbewußte Sprecher und Mahner für die gemeinsamen Aufgaben aller Partner erweisen und durch Sachkunde wie Integrität bewähren, das Recht zu, gehört und beachtet zu werden. Die Bedeutung der Information über Wissenschaft und Forschung äußert sich im Zusammenwirken von Ruf und Echo. C. Oe.

850 DAAD-Kunststipendiaten seit 1955/56

Münchener Musik- und Kunststipendiaten musizieren und stellen aus

Ein Konzert und eine Ausstellung am 15. Januar in München, bestritten von jungen ausländischen und deutschen Künstlern, denen der Deutsche Akademische Austauschdienst mit Hilfe von Stipendien Studienaufenthalte außerhalb der eigenen Landesgrenzen ermöglichte, macht einmal mehr deutlich, daß diesem gleichermaßen an der Förderung des wissenschaftlichen und des künstlerischen Nachwuchses gelegen ist.

Seit der erstmaligen Verleihung besonderer Künstlerstipendien im Studienjahr 1955/56 ermöglichte er bisher 146 deutschen Musikern, Malern und Bildhauern Studienaufenthalte im Ausland und lud 702 Ausländer als Stipendiaten an deutsche Kunst- und Musikhochschulen ein. In den letzten Jahren betrug der Anteil junger Künstler unter den DAAD-Stipendiaten stets etwa 10 Prozent.

Die Gesamtzahl der Künstlerstipendien hat sich zwischen den Studienjahren 1957/58 und 1962/63 verdoppelt. Damals konnten 70 ausländische Kunststudenten zum Studium in Deutschland eingeladen werden, im vergangenen Jahr waren es 154. Von 15 auf 27 erhöhte sich in der gleichen Zeit die Zahl der deutschen Kunststipendiaten.

Am regsten war der Stipendiatenaustausch im letzten Jahr wiederum zwischen den europäischen Ländern. Während deutsche Kunststipendiaten nicht nach Übersee gingen, fand eine ansehnliche Zahl von Studenten — auch aus den Ländern Asiens und Afrikas, — den umgekehrten Weg. Die Musiker stellten bei den Deutschen wie bei den Ausländern mit weitem Abstand vor den Bildenden Künstlern das größte Stipendiatenkontingent.

Wie fruchtbar sich die Studienaufenthalte auf die Kunststipendiaten auswirken, konnte an vielen Beispielen beobachtet werden. Einer ansehnlichen Zahl junger Künstler gelang während ihrer Studienzeit im Ausland die Lösung von schulischen Einflüssen und der Durchbruch zu eigenständigem Schaffen.

Bei der Auswahl seiner Kunststipendiaten steht dem DAAD ein sachverständiger Ausschuß zur Seite, in dem namhafte

Künstler und Fachlehrer deutscher Kunst- und Musikhochschulen Sitz und Stimme haben. Daß dieser Ausschuß bisher eine glückliche Hand bei den Auswahlen gehabt hat, zeigen die Erfolge nicht weniger Stipendiaten bei Wettbewerben, Preisverleihungen, Ausstellungen und Konzerten im In- und Ausland.

Die Münchener Veranstaltung unter dem Motto „DAAD-Stipendiaten musizieren und stellen aus“ ist die dritte ihrer Art. Von ihren Vorgängerinnen in Bonn 1961 und Bad Godesberg 1962 unterscheidet sie sich dadurch, daß diesmal ausschließlich Studenten der Münchener Kunst- und Musikhochschule mitwirken.

Sinn der Musikabende und der Kunstausstellungen ist es, einmal eine breitere Öffentlichkeit auf die Leistungen und Studienerfolge der Kunststipendiaten aufmerksam zu machen und zum anderen den jungen in- und ausländischen Musikern, Malern und Bildhauern ein Forum zu schaffen, dem sie sich gemeinsam stellen können.

Der Präsident des Hochschulverbandes 65 Jahre alt

Am 19. Januar 1964 beging der langjährige Präsident des Hochschulverbandes, Professor Dr. Wilhelm Felgentraeger, ordentlicher Professor für römisches und deutsches bürgerliches Recht an der Universität Hamburg, seinen 65. Geburtstag.

Professor Dr. Felgentraeger, der aus Berlin-Charlottenburg stammt, nahm am ersten Weltkrieg teil und studierte danach zunächst Maschinenbau an der Technischen Hochschule Berlin. Wegen seiner schweren Kriegsverletzungen wandte er sich dem rechtswissenschaftlichen Studium zu und habilitierte sich nach Ablegung der beiden juristischen Staatsprüfungen nach seiner Promotion in Göttingen 1930 an der Rechts- und Staatswissenschaftlichen Fakultät der Universität Freiburg als Schüler von Professor Dr. Fritz Pringsheim. 1934 wurde Professor Felgentraeger ordentlicher Professor und Kanzler der Universität Freiburg. 1936 folgte er einem Ruf an die Universität Marburg. Ein weiterer Ruf führte ihn 1940 an die Universität Breslau. Dort war er während des zweiten Weltkrieges Dekan der Rechts- und Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät. Bei Kriegsende mußte er Breslau verlassen und erhielt sogleich danach einen Lehrauftrag an der Universität Göttingen. 1949 übernahm er den Lehrstuhl von Professor Dr. Raape an der Universität Hamburg, den er noch heute innehat.

Als im Jahre 1950 der Hochschulverband als Berufs- und Standesorganisation der deutschen Hochschullehrer neu gegründet wurde, übertrugen ihm seine Kollegen die Leitung des Verbandes. Seitdem hat Professor Felgentraeger dieses Amt auf Grund ständiger Wiederwahl nunmehr im 14. Jahr neben seiner vollen Lehrtätigkeit inne.

VW-Stiftung fördert „programmiertes Lernen“

Versuch einer Koordinierung in der Bundesrepublik

Eine Reihe von Anträgen zu wissenschaftlichen Untersuchungen über Probleme des „programmierten Lernens“, zu Sprachlaboratorien und zum Schulfernsehen hat die Stiftung Volkswagenwerk veranlaßt, sich um eine Koordinierung dieses Themenkreises in der Bundesrepublik zu bemühen.

Auf Einladung der Stiftung trafen sich am 10. und 11. Januar 1964 in Bad Harzburg Fachleute aus der Bundesrepublik und den USA, um über die Zweckmäßigkeit, Notwendigkeit und Möglichkeit der Förderung neuer Lehr- und Lernmethoden zu beraten.

Die Gespräche führten zur Bildung eines Arbeitskreises zur Förderung und Pflege der wissenschaftlichen Methoden des Lehrens und Lernens. Der Arbeitskreis wird eine Bestandsaufnahme in der Bundesrepublik vornehmen und konkrete Vorschläge für das weitere Vorgehen ausarbeiten. Die Stiftung Volkswagenwerk wird die vorbereitenden Arbeiten fördern.

Die Federführung des Arbeitskreises liegt in Händen von Professor Dr. Schultze, Frankfurt/Main.

Von der Deutschen Forschungsgemeinschaft

In der letzten Bewilligungssitzung des Jahres 1963 hat der Hauptausschuß der Deutschen Forschungsgemeinschaft 850 000,— DM für die Krebsforschung bewilligt. Die Mittel für dieses Schwerpunktprogramm sind der Forschungsgemeinschaft von der Fritz-Thyssen-Stiftung zur Verfügung gestellt worden.

In erster Linie werden in diesem Programm Grundlagenforschungen über die Entstehung des Krebses gefördert. Nach dem heutigen Stand unseres Wissens entsteht der Krebs aus einer einzigen Zelle. Durch die Teilung der Zelle, also ihre Vermehrung, und durch die Aussaat der Tochterzellen in andere Organe des Organismus kommt es schließlich zur eigentlichen Krebserkrankung. Eine entscheidende Frage der Krebsforschung lautet daher: Wie entsteht aus der normalen Zelle eine Krebszelle und wo liegt der Ort der Umwandlung? Man sucht den Wirkungsmechanismus krebs erzeugender und krebs begünstigender Faktoren festzustellen. Hierzu sind Tierversuche mit großen Tierzahlen im Gange, um statistisch gesicherte Daten zu gewinnen. An weitgehend erbreinen und in Inzucht gezüchteten Tieren werden Versuchsreihen über die Aussaat von Krebszellen auf dem Blut- oder Lymphweg ausgeführt. Weiter schenkt man dem Stoffwechsel der Krebszellen besondere Aufmerksamkeit. Im Zusammenhang damit, aber auch im Hinblick auf therapeutische Möglichkeiten laufen Studien über Störungen bei der Zellteilung. Man analysiert die Chromosomen in Krebszellen mit Hilfe der Gewebekultur. Histochemische Untersuchungen ergänzen die morphologische Analyse. Schließlich werden therapeutische Versuche bei verschiedenen Versuchstieren vorgenommen.

Die Forschungsgemeinschaft legt besonderen Wert darauf, daß die an diesem Programm beteiligten Pathologen, Biochemiker, physiologischen Chemiker und Kliniker eng miteinander zusammenarbeiten, ihre Methoden und Ergebnisse gründlich diskutieren und die Weiterführung der Arbeiten gemeinsam absprechen. Sie veranstaltet hierzu mehrtägige Rundgespräche, zu denen auch ausländische Gäste kommen.

Unbequeme Bildungsökonomie

Die im vorigen Jahr von der Kultusministerkonferenz veröffentlichte „Bedarfsfeststellung 1961 bis 1970“ erregte beträchtliches Aufsehen. Hier wurde in der Bundesrepublik zum ersten Mal der Versuch gemacht, langfristige Überlegungen zur Kulturpolitik in exakte Zahlen des künftigen Finanzvolumens, der baulichen Kapazität und des Personalbedarfs umzusetzen. Kritische Stimmen wiesen darauf hin, daß die Berechnungen teilweise auf schwankendem Boden vorgenommen wurden. Die Notwendigkeit einer solchen umfassenden und weit vorausschauenden, auch wirtschaftliche Daten einbeziehenden Planung bestritt aber niemand mehr.

Daß die breite Öffentlichkeit wie auch Fachleute sich des Zusammenhangs zwischen wirtschaftlichen Vorgängen und Bildungsproblemen bewußt wurden, ist weithin das Verdienst eines einzelnen Forschers, Prof. Friedrich Eddings. Ein großer Teil seiner bisherigen Veröffentlichungen liegt jetzt in Buchform unter dem Titel „Ökonomie des Bildungswesens — Lehren und Lernen als Haushalt und als Investition“ vor.

Die „Bildungsökonomie“, ein relativ junger Wissenschaftszweig, weckte und weckt Widerstand. Scheint es doch so, als wenn hier wirtschaftliche Methoden oder gar Zwecksetzungen dem autonomen Bildungsbereich mit Absolutheitsanspruch gegenüberstünden, vulgo daß „plattes Nützlichkeitsdenken“ nun auch „das Reich des Geistes“ überwältigt. In der Tat ist es ungewohnt, ja vielleicht erschreckend, Prozesse des Lehrens und Lernens unter die Begriffe Investition oder Konsum subsumiert und in wirtschaftlichen Ziffern und volkswirtschaftlichen Daten ausgedrückt zu sehen.

Die Bildungsökonomie greift über das Finanzwesen der Schulen und Hochschulen weit hinaus und untersucht alle relevanten Wechselwirkungen zwischen Wirtschaft und Bildungsfragen. Am Beispiel: Die Einführung eines obligatorischen 9. Volksschuljahres bedingt nicht nur einen vermehrten Bedarf an Lehrkräften und Schulräumen, sondern entzieht die künftigen Schülerjahrgänge für ein volles weiteres Jahr „produktiver“ Arbeit in der Wirtschaft und belastet direkt und indirekt die Familienbudgets. Wäre es nicht zugleich denkbar, daß Eltern ihre Kinder in steigendem Ausmaß sogleich auf weiterführende Schulen schicken, da sich die Gesamtdauer der Schulausbildung allmählich angleicht, der Abschluß einer weiterführenden Schule aber größere Berufschancen verspricht? Müßten daraus nicht Schlußfolgerungen für den Ausbau der Sekundarschulen gezogen werden, wenn sich diese Vermutung bestätigt?

Sicher ist, daß solche Zusammenhänge zwischen Bildung und Wirtschaft ohnehin bestehen und Wirkungen zeitigen. Die Bildungsökonomie will sie erforschen, transparent machen und dadurch kulturpolitische Entscheidungen auf der Grundlage exakter Daten ermöglichen. Es geht also um ein „Mitspracherecht“ ökonomischer Prinzipien in der Bildungspolitik und es geht darum, ohnehin machtvolle Faktoren als solche zu analysieren, um sie dann einer bewußten Gestaltung unterwerfen zu können. Vielleicht — so möchte man hinzufügen — macht Bildungsökonomie erst wieder Freiheit möglich, beschränkt sie aber nicht.

„Effektivität“ der Hochschulbildung

Wiederholt wendet sich Edding auch Hochschulproblemen zu. Aus der Fülle überraschend neuer Gesichtspunkte seien nur einige herausgegriffen. Des öfteren wird gegen den forcierten Hochschulausbau eingewandt, Überkapazität könne hier zu verbreiteter Arbeitslosigkeit unter Akademikern führen. Tatsächlich wäre diese Gefahr nicht von der Hand zu weisen, wenn die jetzigen Bildungsziele und Abschlüsse und der „akademische Arbeitsmarkt“ in seiner Struktur unverändert bestehen blieben und die Absolventenzahlen heraufschnellten. Aber: sind die faktischen — nicht die postulierten — Bildungsziele unserer Hochschulen wirklich so stabil? Und hat sich nicht der soziale Stellenwert eines Hochschulabschlusses längst unmerklich verändert?

Einen weiteren Einwand gegen den schnellen Ausbau der Hochschulen liefert die These von der natürlichen Begrenzung der Begabungsreserven und vom dadurch bedingten abnehmenden Ertragszuwachs eines sich ausdehnenden höheren Bildungswesens. Durch genaue Daten erhärten ließ sich diese These bislang allerdings nicht. Internationale Vergleiche deuten vielmehr darauf hin, daß die Bega-

bungsreserven in der Bundesrepublik noch nicht annähernd ausgeschöpft sind und daß dieser Einwand seine kräftigste Wurzel in der Verteidigung einmal erworbener sozialer Positionen findet. In den USA werden jedenfalls unter scharfer Beobachtung des Leistungsniveaus Vorbereitungen getroffen, „die einem Prozentsatz der Bevölkerung den Hochschulbesuch ermöglichen sollen, der nach europäischen Maßstäben die von der Begabung gezogenen Grenzen weit überschreitet“.

Wenn man schließlich nach der Effektivität des Studiums fragt, macht auch hier ein internationaler Vergleich nachdenklich. Wenn man die Zahl der Absolventen des ersten Abschlußexamens auf die Gesamtzahl der Studierenden bezieht, so erreichten bei leicht steigender Tendenz in den letzten Jahren 1959 20 Prozent der Studenten in Großbritannien ihren Hochschulabschluß. In der Bundesrepublik fiel dieser Prozentsatz von rund 17 im Jahre 1952 auf 15 im Jahre 1955 und erreichte nur 11 im Jahre 1959. Die ständige Verlängerung der Studiendauer und hohe Ausfälle während des Studiums mögen die Ursache sein, die jedoch erst näher untersucht werden müßte.

Präzise Fragestellungen

Die Bildungsökonomie als junge Wissenschaft hat bislang mehr zu präzisen Fragestellungen als zu erschöpfenden Antworten geführt. Wie stets finden ihre Ergebnisse und Methoden nicht nur Widerspruch, sondern mitunter in der Öffentlichkeit auch kritiklose Zustimmung. Es ist dringend davor zu warnen, ungesicherte Teilergebnisse als Nahkampfwaffe in kulturpolitischen Auseinandersetzungen eifertig zu gebrauchen. Man würde damit nicht zuletzt Eddings Anliegen einen schlechten Dienst erweisen, nämlich seinem Zugang zu Bildungsfragen soweit zum Durchbruch zu verhelfen, daß exakte und umfassende Forschungen möglich werden.

Der Autor weist selbst mehrfach mit Nachdruck darauf hin, daß es schon am zureichenden und genauen statistischen Ausgangsmaterial fehlt. Unsere Kultur- und Kulturfinanzstatistik ist in einem argen Zustand. „Nur zwei oder drei der elf Kultusministerien in der Bundesrepublik beschäftigen einen Statistiker. Bei den nachgeordneten Instanzen gibt es solche Stellen überhaupt nicht.“ Diese Feststellung wurde noch 1963 getroffen. Auch die Methodik der Bildungsökonomie steckt erst im Experimentierstadium.

Diese Einschränkungen rühren nicht an den grundsätzlichen Wert der Arbeiten von Edding. Vielmehr wird es notwendig sein, diesem Wissenschaftszweig größere Entfaltungsmöglichkeiten zu bieten und die Forschung detailliert voranzutreiben.

Neue Dimension der Kulturpolitik

Über „Die Ausgaben der Schulen und Hochschulen in der Bundesrepublik Deutschland 1950—1960“ liegt inzwischen eine solche ins Einzelne gehende Untersuchung von Günter Palm vor. Im Rahmen einer von Prof. Edding geplanten international vergleichenden Untersuchung der Finanzen von Bildungseinrichtungen wurde sie an der Hochschule für Internationale Pädagogische Forschung in Frankfurt erstellt. Da sich die Fülle des dort verarbeiteten Materials einer kurzen Darstellung entzieht, sei nur auf einen Gesichtspunkt hingewiesen: Mit Befriedigung nahm man bislang zur Kenntnis, daß die Kulturetats in Bund, Ländern und Gemeinden in den letzten Jahren absolut und teilweise sogar im Verhältnis zu sonstigen öffentlichen Ausgaben anstiegen. Doch wie weit wurden diese Ausgaben wirklich effektiv und in welchem Ausmaß standen ihnen Steigerungen der Kosten — z. B. der Personal- und Baukosten — gegenüber? Die von Palm gemachten Angaben dämpfen jeden voreiligen Optimismus. Oder: Man könnte vermuten, daß sich die „Bildungsaktivität“ der einzelnen Bundesländer an ihrer Wirtschaftskraft, gemessen am Bruttoinlandsprodukt, orientiert. Das ist jedoch keineswegs der Fall. „Arme“ Länder wie Schleswig-Holstein oder Niedersachsen wenden für Bildungsausgaben verhältnismäßig wesentlich mehr auf als „reiche“ Länder wie Nordrhein-Westfalen oder Hamburg. Aber auch hier ist wieder vor voreiligen Schlußfolgerungen zu warnen.

Es ist das Verdienst von Edding und Palm, durch ihre Arbeiten gleichsam neue Dimensionen der Kultur- und Hoch-

15 Jahre Verband Deutscher Studentenschaften

HD — Vom 29. bis 31. Januar 1949 — vor 15 Jahren — trafen sich in Marburg die Vertreter der westdeutschen Studentenschaften. Die Vorsitzenden der damals auch noch in der sowjetischen Besatzungszone bestehenden Studentenräte waren ebenfalls zu dieser Tagung eingeladen, sagten aber unter allerlei Vorwänden ab. Die politischen Gegensätze — es war das Jahr der Berliner Blockade — waren unüberbrückbar geworden. In langen Debatten einigte man sich auf die Gründung einer gemeinsamen Organisation der Studentenschaften in den Westzonen, des Verbandes Deutscher Studentenschaften (VDS). Die erste Delegiertenkonferenz des neuen Verbandes trat schon am 31. Januar zusammen und wählte Helmut Glaszinski, den AStA-Vorsitzenden von Köln, zu ihrem Präsidenten. In den folgenden Monaten bemühte man sich, den Verband zu einer gesamtdeutschen Studentenorganisation zu erweitern. Doch diese Pläne scheiterten: Schon im Juli sah sich die dritte Delegiertenkonferenz gezwungen, die Beziehungen zu den Studentenschaften der sowjetischen Besatzungszone abubrechen.

Diese Vorgänge sind heute Geschichte geworden. Andere Probleme rückten bald in den Vordergrund des Blickfeldes der Studentenschaft. Zur Studien- und Prüfungsreform trugen die Fachschaften des Verbandes in mühevoller und stiller Kleinarbeit einen gewichtigen Teil bei. Für die Gründung neuer Universitäten wurde mancher wertvolle Gedanke ausgearbeitet. Politische Bildungsprogramme erhielten entscheidende Impulse durch den Verband.

Daß die Studentenförderung nach dem Honnefer Modell ins Leben gerufen wurde, ist nicht zuletzt ein Verdienst des VDS. Nachdem er sich schon an den Planungen maßgeblich beteiligt hatte, fachte er eine öffentliche Diskussion an und überzeugte die politisch entscheidenden Instanzen. An der Lösung der übrigen sozialen Fragen der Studentenschaft beteiligte er sich mit Sachverstand und politischem Engagement.

Studenten waren die ersten, die nach dem Kriege die noch abgeriegelten Grenzen überquerten und im Ausland um Verständnis für ein neues Deutschland warben. Der VDS

systematisierte diese Bestrebungen und fand Vertrauen erst im westlichen, dann selbst im osteuropäischen Ausland und an den dortigen Hochschulen. Diese Beziehungen dehnten sich in den letzten Jahren auf die Hochschulen der Entwicklungsländer aus.

Man muß es dem Verband als Verdienst zurechnen, daß er der Gefahr einer unangemessenen Bürokratisierung entging. Die Figur des „ewigen Studentenfunktionärs“ blieb eine Legende. Natürlich konnte und kann er nicht auf hauptamtliche Mitarbeiter verzichten, wie andere große Hochschulorganisationen auch. Doch die gewählten Studentenvertreter waren stets Studenten — und nicht die schlechtesten dazu —, die dennoch die Aufgaben der Selbstverwaltung gut lösten.

Nicht immer bestand Einigkeit in hochschulpolitischen Fragen zwischen Hochschullehrern und Studenten und ihren Organisationen. Doch der befürchtete „Auszug der Studentenschaft aus der Hochschule“ wurde nie Wirklichkeit. Es mag sein, daß der Verband manche Tradition kritisierte und manches Ziel neu definierte. Doch dann ging es ihm eben stets um die ganze Hochschule und er blieb bereit, seine Vorschläge kritisch prüfen zu lassen.

Man kann ruhig dahingestellt sein lassen, was diese Studentenvertretung denn nun „eigentlich“ sei. In letzter Zeit forderte sie verschiedentlich ein „politisches Mandat“ und fand damit energischen Widerspruch. Die Gründungsgeschichte — die doch wohl mehr ist als nur Geschichte — des VDS weist aus, wie eminent politisch der damalige Denkanatz der Studenten war. Und wo will man heute die Grenze ziehen? Die Verfassungswirklichkeit der Studentenvertretung wird sich schwerlich endgültig in Satzungen fassen lassen. Die angestrebte gesetzliche Pegelung der Rechte und Pflichten der Studentenschaften wird der Studentenvertretung ein solides Fundament geben. Aber sie bleibt damit dennoch ein notwendiger lebendiger Teil unserer Hochschule im demokratischen Staat. Sie hat bisher in einer sich daraus ergebenden Spannung gelebt und sie hat sich bewährt.

Wohnheimliste 1963

Nach einer Umfrage des Deutschen Studentenwerkes im Wintersemester 1962/63 bei den Trägern der Studentenwohnheime gab es 1963 (Stichtag 31. 3. 1963) in der Bundesrepublik Deutschland und in West-Berlin 371 Studentenwohnheime mit 29 079 Plätzen.

Von diesen 29 079 Plätzen waren 20 634 (71 %) mit Studenten, 7 769 (26,7 %) mit Studentinnen und 676 (2,3 %) mit Jungarbeitern, Praktikanten oder dergleichen belegt. In 192 Heimen mit 11 503 Plätzen (40,5 %) wohnten ausschließlich Studenten, in 3 Heimen mit 3 328 Plätzen (11,7 %) ausschließlich Studentinnen, und 116 Heime mit 13 572 Plätzen (47,8 %) waren gemischt belegt (9 131 Studenten, 4 441 Studentinnen).

Unter den 28 403 studentischen Heimbewohnern waren 5 034 Ausländer. Damit konnten 19,2 % der ausländischen Studenten wissenschaftlicher Hochschulen in Studentenwohnheimen untergebracht werden. — Von den 29 079 Wohnheimplätzen waren 17 992 in Einzelzimmern, 10 101 in Doppelzimmern und 986 in Mehrbettzimmern eingerichtet.

Gegenüber der letzten vom Deutschen Studentenwerk veröffentlichten Wohnheimliste (Stand 1. 4. 1961: 299 bezogene Heime mit 22 286 Plätzen) ergibt sich eine Zunahme um 72 Heime mit 6 117 Plätzen, das entspricht 27,4 %.

Im gleichen Zeitraum gingen rund 1 100 Wohnheimplätze verloren. (Auflösung des Hochschuldorfers Wilhelmshaven-

Rüstersiel und anderer Heime in Baracken, Bunkern, Kasernen; Platzreduzierungen durch Modernisierungen, Änderung der Zweckbestimmung im Studentenwohnheim des CVJM Mannheim). Unter Berücksichtigung derartiger Umstände läßt sich sagen, daß rund 7 000 Wohnheimplätze seit dem 1. 4. 1961 neu geschaffen wurden.

Die Zahl der Hörer an den wissenschaftlichen Hochschulen stieg jedoch vom Wintersemester 1960/61 zum Wintersemester 1962/63 um rund 38 000. Das bedeutet, daß es am Stichtag für 9,4 % der Studenten wissenschaftlicher Hochschulen Wohnheimplätze gab; das sind trotz der 7 000 neu geschaffenen Plätze lediglich 0,5 % mehr als vor zwei Jahren.

Hinsichtlich der Gesamtzahl der Studierenden aller Hochschulen und Ingenieurschulen (rund 355 000) beträgt die Zuwachsrate 0,7 %; von ihnen wohnten am 31. 3. 1963 7,9 % in Studentenwohnheimen.

Zur Zeit der Umfrage des Deutschen Studentenwerkes waren 42 weitere Heime mit 7 045 Plätzen im Bau, von denen bis Ende 1963 noch 13 Heime mit 2 740 Plätzen bezogen werden sollten. Bei drei Heimen sind jedoch Verzögerungen eingetreten. Am 31. 12. 1963 gab es somit in der Bundesrepublik Deutschland und in West-Berlin 383 Heime mit 31 230 Plätzen.

Eine Aufteilung der Studentenwohnheime nach Trägergruppen zeigt, daß die örtlichen Studentenwerke die Mehrzahl aller Studentenwohnheime, nämlich 100 Heime mit 10 348 Plätzen, das sind 36,4 % aller Plätze, unterhalten. Die konfessionellen Träger (katholische, evangelische und andere konfessionelle Träger) betreiben insgesamt 159 Heime mit 9 635 Plätzen, das sind 33,8 % aller Plätze.

Die Wohnheimstatistik, die ein Verzeichnis aller Studentenwohnheime in der Bundesrepublik und West-Berlin enthält, kann beim Deutschen Studentenwerk — Beratungsstelle für Wohnheimfragen — angefordert werden.

DSW-info 1/64

schulpolitik erkennbar gemacht zu haben. Diese Bücher gehören nicht nur in die Hände der Fachleute, sondern in die eines jeden, der sich um den Stand unseres Bildungswesens sorgt.

Friedrich Edding, Ökonomie des Bildungswesens — Lehren und Lernen als Haushalt und als Investition. Freiburg: Rombach 1963. 424 Seiten, Leinen DM 35,—. (Freiburger Studien zu Politik und Soziologie, hrsg. von Prof. Dr. A. Bergstraesser)

Günter Palm, Die Ausgaben für Schulen und Hochschulen in der Bundesrepublik Deutschland 1950—1960. Hochschule für Internationale Pädagogische Forschung, Frankfurt/Main. 107 + 90 Seiten hektogr., DM 10,—.

Studienreform –

Möglichkeiten der Verwirklichung in den bestehenden Universitäten

Am 14. Januar fand abends im vollbesetzten Hörsaal I der Universität Bonn ein Podiumsgespräch über Fragen der Studienreform zwischen Professoren, Hochschulbeamten und Studenten statt. Unter der geschickten Leitung von Fritz Heerwagen/Düsseldorf hatten sich die folgenden Herren zusammengefunden: Der Rektor der Universität, Prof. Dr. med. Dr.-Ing. Wilhelm Dirscherl (Physiologische Chemie), Prof. Dr. Dr. h. c. Dr. phil. h. c. Hubert Jedin (Mittlere und neuere Kirchengeschichte – kath.), Prof. Dr. jur. Werner Maihofer/Saarbrücken (Rechts- und Sozialphilosophie, Strafrecht und Strafprozeßrecht), Universitätskanzler Eberhard Feiherr von Medem, der 1. Vorsitzende des Verbandes Deutscher Studentenschaften (VDS), cand. theol. Lothar Krappmann, und der 1. Vorsitzende des Allgemeinen Studentenausschusses (ASTA), cand. phil. Helmut Brammerts.

Das Gespräch wurde ganz bewußt auf die Frage beschränkt, was hier und jetzt getan werden müsse und getan werden könne. Nachdem die schon im VDS-Gutachten „Studenten und die neue Universität“ dargelegte Forderung einer Dreiteilung des Studiums in Grund-, Haupt- und Aufbaustudium allgemeine Zustimmung gefunden hatte, drehte sich das Gespräch im folgenden vor allem um vier Themen:

1. Die Arbeitsgruppen sollen der zunehmenden Verschulung des Studiums entgegenwirken. — Hier soll der Student schon vom ersten Semester an Gelegenheit haben, aktiv mitzuwirken, als Ergänzung zur rein rezeptiven Entgegennahme des Vorlesungsstoffes. Diese Arbeitsgruppen, die neben den großen Vorlesungen hergehen, brauchen keineswegs immer von Assistenten oder gar Dozenten geleitet zu werden, ganz im Gegenteil sollen hier auch fortgeschrittene Studenten mitwirken. Die Aussprache wird sich dann freier entwickeln, und gleichzeitig kann so zusätzlicher Nachwuchs für die Hochschullehrerlaufbahn gewonnen werden. Die Erfahrungen, die mit solchen Gruppen schon gemacht wurden, sind unterschiedlich, weshalb es wichtig ist, sie organisch in den Studiengang und den Lehrbetrieb einzubauen. Tröstlich war die Versicherung des Universitätskanzlers, daß die Finanzierung der erforderlichen Tutorenstellen überhaupt kein Problem bedeute.

2. Eine Zwischenprüfung soll das Grundstudium abschließen. — Wie der Rektor bemerkte, handelt es sich hier wie bei manchem anderen Problem nur um die Übertragung von Praktiken und Erfahrungen in den technischen, naturwissenschaftlichen oder medizinischen Disziplinen auf die geisteswissenschaftlich orientierten Fakultäten. Die Einführung der Zwischenprüfung, die vor allem dem Studenten selbst noch einmal Gelegenheit geben soll, sich selbst Rechenschaft abzulegen hinsichtlich der richtigen Wahl seines Studienfaches, stößt dort auf große Schwierigkeiten, wo von seiten der Lehre noch nicht ausreichende Vorlesungen und Übungen für ein abgerundetes Grundstudium angeboten werden. Dessen ungeachtet hat die Kommission für Prüfungs- und Studienordnungen, die von der Ständigen Konferenz der Kultusminister und der Westdeutschen Rektorenkonferenz eingesetzt wurde, sich für eine Einführung der Zwischenprüfung in allen Studiengängen ausgesprochen. Durch diese Zwischenprüfung sollen auch die vielen Einzelprüfungen bei der Zulassung zu Seminaren usw. aus der Welt geschafft werden.

3. Die Begegnung mit der Forschung soll vorwiegend während des Hauptstudiums erfolgen, und hier wieder vor allem in den Seminaren. Jedoch können diese nur ihren Zweck erfüllen, wenn ihre Teilnehmerzahl nicht mehr als 20 bis 25 Studierende ausmacht. Hier zeigt sich besonders deutlich, daß viele Probleme des heutigen Studiums lediglich durch die große Studentenzahl bedingt sind, mit der die Leistungsfähigkeit der Universitäten in der Lehre einfach nicht Schritt gehalten hat. Um hier trotzdem schnelle Abhilfe zu schaffen, wurde gefordert, daß auch Nichtordinarien bis hin zu den Privatdozenten Seminare, Colloquien und Übungen abhalten sollten. Wie staunten da die Hörer, als Prof. Maihofer schilderte, daß es derartige Probleme in Saarbrücken genau so wenig gäbe wie juristische Repetitionen, da die juristische Fakultät bei 500 Studenten über 16 Lehrstühle verfüge, so daß jeder Student ein Seminar oder eine Übung mit angemessener Teilnehmerzahl besuchen könne!

4. Die Studiendauer wurde als letztes noch besprochen. Dank der Dichgans-Studie (s. Hochschul-Dienst Nr. 21/1963!) wissen wir, daß die deutschen Studenten heutzutage im Schnitt länger studieren als früher oder als ihre Kommilitonen im Ausland. Zwar verdient heute manch ein Student schon vor Beendigung seines Studiums, z. B. als Hilfsassistent o. ä., was es früher nicht gab — doch ist es trotzdem dringend erforderlich, daß die Studiengänge gestrafft werden, daß der Student seine Studienzeit besser ausnutzt. Gut abgestimmte Prüfungsordnungen können dazu beitragen. So sieht die schon erwähnte Kommission für Prüfungs- und Studienordnungen z. B. vor, daß ein Chemiker in Zukunft seine Vorprüfung im 5. und seine mündliche Hauptprüfung im 9. Semester ablegen kann; die Diplomarbeit soll nicht mehr als 6, allerhöchstens 9 Monate beanspruchen. Selbstverständlich darf eine solche Studienzeitverkürzung nicht — was auch von den studentischen Zuhörern bekräftigt wurde — auf Kosten der Qualität des Studiums vorgenommen werden.

Es konnten hier nur die wichtigsten Gesichtspunkte wiedergegeben werden. Man war sich auch darüber einig, daß die Abschaffung der Kolleggelder (die bald zu erwarten ist) viele Reformen des Lehrbetriebes erleichtern, wenn nicht gar erst ermöglichen wird, und auch darin stimmte man überein, daß Universitäten mit mehr als 6 bis 8 Tausend Studenten vermieden werden sollten, da hier alle Besserungsbestrebungen durch die großen Zahlen der Studenten vereitelt werden müßten. Daher benötigten wir etwa 8 neue Universitäten, und eine gewisse Lenkung mußte dafür sorgen, daß sich die Studenten nicht auf wenige Lieblingsuniversitäten konzentrieren (München, Köln). Denn ganz offensichtlich sind nicht die Studiemöglichkeiten, sondern die allgemeinen Lebensbedingungen, das Angebot an kulturellen und sonstigen Dingen entscheidend für die Wahl des Studienortes bei der großen Mehrzahl unserer Studierenden.

K. K.

Recht und Pflicht der wissenschaftl. Hochschule zur sozialen Fürsorge für ihre Studenten

In einem Gutachten, das Professor Werner Thieme, Ordinarius für öffentliches Recht an der Universität Hamburg, im Auftrage des Deutschen Studentenwerkes und der Deutschen Studenten-Krankenversorgung über „Recht und Pflicht der wissenschaftlichen Hochschule zur sozialen Fürsorge für ihre Studenten“ erstellt hat, kommt er zu dem Ergebnis, daß die soziale Betreuung der Studenten zu den Aufgaben der Hochschulen gehört.

Die Fürsorgepflicht der Hochschule leitet Professor Thieme für einzelne Bundesländer und Hochschulen aus dem positiven Hochschulrecht ab. Im übrigen vertritt er die Auffassung, daß die soziale Betreuung der Studenten allen wissenschaftlichen Hochschulen gewohnheitsrechtlich zugewachsen sei.

Die Hochschulen könnten daher von den Studenten unter Beachtung des Grundsatzes der Gesetzmäßigkeit der Verwaltung Sozialbeiträge (Wohlfahrtsgebühren) erheben, die für die Aufgaben der sozialen Betreuung bestimmt seien. Professor Thieme weist unter anderem darauf hin, daß der Vorbehalt des Gesetzes zwar auch für das studentische Rechtsverhältnis gelte, aber der Erhebung der Sozialbeiträge nicht entgegenstehe, da hierfür eine Rechtsgrundlage vorhanden sei. Die vor 1949 an allen Hochschulen bestehende rechtsgültige Ermächtigung zur Erhebung von Sozialbeiträgen (Wohlfahrtsgebühren) ist — wie Professor Thieme ausführt — durch das Grundgesetz nicht berührt und besteht heute weiter, sofern nicht bereits eine neuere gesetzliche Ermächtigung erteilt ist.

DSW-info 1/64

Sozialauftrag der Hochschule?

VDS wendet sich gegen Gutachten von Prof. Thieme

Als unvollständig in der rechtlichen Begründung und in der Würdigung aller auftretenden Probleme bezeichnete der Verband Deutscher Studentenschaften (VDS) durch einen Kommentar des Sozialamtsleiters Theo Tupetz im letzten VDS-Informationsdienst das Rechtsgutachten von

Kurz berichtet

Die Ausbildung des akademischen Nachwuchses zu verbessern und die Hochschulausbildung den Erfordernissen unseres Zeitalters anzupassen, forderte der Vorsitzende des Gesprächskreises Wissenschaft und Wirtschaft, Bergassessor a. D. Dr. Hermann Reusch, beim Jahrestreffen des Tönnissteiner-Kreises. Er wies auf die hervorragenden Ergebnisse der französischen Ausbildung hin, besonders in der „École nationale d'Administration“, die wir z. B. in den Verhandlungen um den Gemeinsamen Markt sehr deutlich zu spüren bekämen. Dr. Reusch schlug vor, schon jetzt und ohne die allgemeine Hochschulreform erst abzuwarten, besondere Lehrgänge für ausgesuchte junge Juristen zu veranstalten, die mit der einjährigen Ausbildung in der Verwaltung verbunden wären und über die juristische Grundausbildung hinausgehende Fragen zum Gegenstand hätten. Auf diesem Wege würden die Verwendungsmöglichkeiten der jungen Akademiker für die Verwaltung, die Bundesministerien, die internationalen Organe und für die Wirtschaft erweitert werden. Auch junge Beamte sollen für eine Zeitlang in die Wirtschaft, beispielsweise in Auslandsfilialen der großen Firmen delegiert und Wirtschaftler zur Fortbildung in internationale Organisationen geschickt werden. Das Reservoir von Nachwuchskräften für internationale Aufgaben sei in der Bundesrepublik viel zu gering.

Drei grundlegende Reformprinzipien der Bochumer Universität stellte Kultusminister Prof. Mikat Anfang Dezember in München als gemäßigtes Reformmodell heraus. Die Gliederung in kleinere akademische Einheiten, als die herkömmlichen Fakultäten sind, zugleich die Schaffung möglichst vieler Querverbindungen und eine bessere Zusammenarbeit zwischen Forschung und Lehre. Die Möglichkeit dazu soll vor allem durch übergreifende Institute geboten werden. So soll in Bochum ein Institut für Arbeitswissenschaften eingerichtet werden, das medizinische, technische und rechtliche Disziplinen vereinigt. Bei dieser Gelegenheit betonte er auch, daß die bisherigen Vorschläge für Neugründungen nicht ausreichen, weil bereits heute 50 000 Studenten mehr an den deutschen Hochschulen studieren, als diese nach ihrer Kapazität zur Zeit aufnehmen könnten, und diese Überzahl werde weiter ansteigen. Man müsse sich deshalb Gedanken über weitere Neugründungen machen.

Die Errichtung einer weiteren Universität in Nordrhein-Westfalen forderte der Vorsitzende der CDU-Landtagsfraktion in Düsseldorf, Dr. Wilhelm Lenz. Die Landesregierung solle das Ergebnis ihrer ersten Überlegungen

Prof. Werner Thieme über Recht und Pflicht der Hochschule zur sozialen Fürsorge für ihre Studenten. Nicht alle vorhandenen Rechtsquellen seien herangezogen und die höchst richterliche Rechtsprechung sei nicht erwähnt worden. Insbesondere fehle es an einer Klarstellung, welche Aufgaben einerseits auf dem Wege der Selbstverwaltung wahrzunehmen und andererseits im staatlichen Auftrag auszuführen seien. Wolle man an einer nur körperschaftlich denkbaren Selbstverwaltung überwiegend festhalten, könne dieses allein Aufgabe der Studentenschaft als Glied der Gesamthochschule sein. Ebenso wenig wie die Studenten soziale Angelegenheiten ihrer akademischen Lehrer selbst verwalten könnten, wäre das umgekehrte Vorgehen vorstellbar. Der Lehrkörper könne studentische Sozialangelegenheiten nur im staatlichen Auftrag verwalten, unterstände dabei der staatlichen Rechts- und Fachaufsicht, sei dem Kultusministerium gegenüber weisungsgebunden und verkürze damit erneut und unnötig den Selbstverwaltungsbereich der Hochschule.

Auch die von Thieme gegebene rechtliche Begründung zum Recht der Hochschulen auf Beitragserhebung bei den Studenten für soziale Zwecke wird von Thieme bestritten. Nicht die von Thieme zitierte Anlage zu einer 1937 mitgeteilten Gebührenordnung sei maßgeblich, sondern allein die 1933/34 erlassenen Verordnungen und Ausführungsgesetze zum Studentenrecht, die die Beitragshoheit den Studentenschaften übertragen. Dieser Grundlagen bedürfe es aber nicht, da Körperschaften heute ohnehin nach einem Urteil des Bundesverwaltungsgerichts vom März 1962 Beiträge von ihren Mitgliedern für ihre Zwecke erheben könnten. Hierzu seien die Studentenschaften nach mehrfachen Bekundungen bereit in ungehinderter Ausübung ihrer Rechte und Pflichten.

zur Errichtung einer weiteren neuen Universität bei der Einbringung des Etats 1965 vorlegen. Ziel der Planungen müsse es sein, den Lehrbetrieb in der neuen Universität spätestens Mitte der siebziger Jahre aufnehmen zu können. Dr. Lenz ist überzeugt, daß die im Bau befindliche Ruhr-Universität Bochum und die geplante neue Technische Hochschule Dortmund, die Anfang der siebziger Jahre ihren Lehrbetrieb voll aufgenommen haben werden, wohl die aus allen Nähten platzenden bestehenden wissenschaftlichen Hochschulen des Landes entlasten, nicht aber auch die etwa ab 1970 zu erwartende stark steigende Zahl der Studenten verkraften könnten. Kultusminister Dr. Mikat hat den Vorschlag seinerseits begrüßt. — Die Frage des Ausbaues der Medizinischen Akademie Düsseldorf zu einer Voll-Universität ist mit dieser grundsätzlichen Forderung nach einer weiteren Universität in Nordrhein-Westfalen in ein neues Stadium getreten.

Den Entwurf für ein neues Hochschulgesetz in Baden-Württemberg hat die SPD-Fraktion im Stuttgarter Landtag als Oppositions-Vorschlag nach längerer Vorbereitung vorgelegt. Sie will damit zugleich die Diskussionen um die Hochschulreform im ganzen Bundesgebiet anregen. Nach dem Entwurf, der sich bemüht, das Konzept für ein modernes Hochschulgesetz zu schaffen, sollen z. B. die Lehrstuhlinhaber von bestimmten Verwaltungsaufgaben befreit werden und dadurch mehr Forschungsarbeiten betreiben können. Der wissenschaftliche Nachwuchs soll frühzeitig die Möglichkeit zur eigenen Forschung erhalten. Alle Gruppen an der Hochschule sollen stärker als bisher an der Selbstverwaltung beteiligt werden. Außerdem sind eine Neueinteilung der wissenschaftlichen Aufstiegswege, neue Vorschriften über die Berufung und Besoldung der Wissenschaftler und ein Abschnitt über die Pflichten der Hochschullehrer vorgesehen. Dem Gesetzentwurf ist eine neue Besoldungsordnung angefügt. Das Kollegeld wird durch die „Lehrzulage“ ersetzt, die bei ordentlichen Professoren bis zu 20 000,— DM jährlich betragen kann. An Hochschulen mit Rektoratsverfassung muß ein Kanzler bestellt werden.

Die Universität Bonn plant weitere Neubauten für die Unterbringung der Institute für Organische Chemie mit Hörsälen und Werkstätten von insgesamt 12 500 qm Nutzfläche zu einem Voranschlag von 45 Millionen DM. Der Bau des „Juridicums“ an der Koblenzer Straße mit einem Voranschlag von über 20 Millionen DM ist bereits in vollem Gange. Mit dem Bau der Chemischen Institute kann jedoch erst 1968 begonnen werden. Die Universität bleibt erfreulicherweise nach wie vor der größte Bauherr der Bundeshauptstadt.

Die Mainzer Gutenberg-Universität sorgt mit 6 Großbauvorhaben und 28 neuen Lehrstühlen für ihre äußere und innere Erweiterung. Die neue Chirurgische Klinik wird bis zu ihrer Fertigstellung etwa 60 Millionen DM erfordern. Daneben bestehen 5 weitere Großbauvorhaben, die sich z. Zt. in den unterschiedlichsten Stadien der Vorbereitung befinden: Der Neubau für die Philosophische Fakultät, zunächst mit 27 Millionen DM veranschlagt, ein Institutsgebäude für die Naturwissenschaftliche Fakultät für rd. 24 Millionen DM, ein Gebäude für das Physiologische und Physiologisch-chemische Institut mit 30 Millionen DM, ein Bau, der mehrere Institute der Medizinischen Fakultät aufnehmen wird, für ebenfalls 30 Millionen DM und die Zahn-, Mund- und Kieferklinik für 15 Millionen DM. Parallel zu den Bauarbeiten laufen die personellen Maßnahmen. Die Empfehlungen des Wissenschaftsrates zum Ausbau der Universität Mainz sehen eine Erhöhung der Zahl von 128 Lehrstühlen, die 1960 bestanden, auf 156 Lehrstühle vor. Dieses Ziel hat Mainz mit Ablauf des letzten Jahres zu 90 % erreicht.

Den Vorschlag eines gesteuerten Studentenausgleichs zwischen Hamburg und Kiel startete in der Hamburger Bürgerschaft die in der Opposition stehende CDU-Fraktion anlässlich der letzten Haushaltsberatungen. Der Vorschlag zielt darauf ab, daß der Hamburger Senat Gespräche mit der Kieler Landesregierung führt, um zu eruieren, ob auch die heute mit 6 000 Studenten belegte Kieler Universität im Wege einer Gemeinschaftshilfe von Bund und Ländern um weitere 6 000 Plätze ausgebaut werden könne, um die Überbelegung der Hamburger Universität damit auszugleichen. An der Hamburgischen Universität waren im

vergangenen Semester rund 17 000 Studenten immatrikuliert. Sie ist nach dem gegenwärtigen Zuschnitt für höchstens 12 000 Studenten gedacht.

Für das neue Marburger Universitätsviertel ist mit den Erdarbeiten für die beiden ersten Gebäude auf einem Gelände von 250 ha begonnen worden. Die Kosten dieses z. Zt. größten geschlossenen Bauvorhabens des Landes Hessen werden auf etwa 1 Milliarde DM veranschlagt. Das neue Universitätsviertel in Marburg, das einige Kilometer von der Stadt entfernt liegt, wird für die Medizinische und die Naturwissenschaftliche Abteilung der Philosophischen Fakultät in den nächsten zwei Jahrzehnten alle notwendigen Forschungs- und Lehrstätten samt den Gemeinschaftseinrichtungen und Nebengebäuden erhalten. Die beiden ersten Häuser werden 4 vorklinische Forschungsgruppen und die Neubauleitung aufnehmen.

Für den Neubau eines Instituts für medizinische Strahlenkunde hat das Bayerische Kultusministerium einen Detailplanungsauftrag an der Universität Würzburg erteilt. Das Institut, dessen Errichtung 5,9 Millionen DM kosten wird, soll neben einer umfangreichen technischen Inneneinrichtung auch eine Reihe radiochemischer Räume erhalten.

Eine Landesanstalt für Immissions- und Bodennutzungsschutz wurde für Nordrhein-Westfalen in Essen begründet. Der erste Bauabschnitt der neuen Anstalt ist bereits fertiggestellt. Zur Aufgabe des Schutzes der Bevölkerung vor Luftverunreinigungen, Lärm und Erschütterungen gesellt sich als zentrale Aufgabe der modernen Sozial- und Gesundheitspolitik die Reinhaltung des Wassers, der Erde und die Bewahrung der naturgewachsenen Landschaft. Auch das Wetteramt Essen-Mülheim und ein Aerologisches Institut zur Smog-Bekämpfung werden in der Gebäudegruppe der neuen Landesanstalt untergebracht. Leiter der Anstalt, die auch für die anderen Bundesländer arbeitet, ist Prof. Dr. Hettehe, der an der Ruhr-Universität den neu geschaffenen Lehrstuhl für Lufthygiene besetzen wird.

Im Max-Planck-Institut für Aeronomie in Lindau (Krs. Duderstadt) werden mit Unterstützung der UNESCO neun afrikanische Techniker und Studenten aus Ghana, Sierra Leone und dem Kongo mit Arbeiten vertraut gemacht, die zur Beobachtung der Ionosphäre notwendig sind. Institutsdirektor Prof. Dr. Dieminger, der auch Vizepräsident der „Internationalen Union für Radiowissenschaft“ ist, mißt dieser Aufgabe große Bedeutung zu. Seit dem letzten Geophysikalischen Jahr besteht in Afrika ein gut ausgebautes Netz von Beobachtungsstationen, doch fehlt es an Bedienungspersonal.

Die Justus Liebig-Universität in Gießen nimmt eine Partnerschaft mit der Universidad de los Andes, einer vor 14 Jahren begründeten Universität in Bogotá, der Hauptstadt von Kolumbien, auf. Die ersten Vorarbeiten hierfür haben der Gießener Zoologe Prof. Ankel, der Botaniker von Genffer, der innere Mediziner von Uexküll, der Geograph Uhlig und der Geologe Weyl getroffen. Sie haben 1963 Kolumbien besucht, um einen Austausch von Professoren und Studenten einzuleiten. Es wird beabsichtigt, eine Meeresbiologische Forschungsstation an der Küste des Karibischen Meeres bei Santa Marta gemeinsam einzurichten. Der Ort verfügt über gute Verbindungen ins Innere des Landes und nach Übersee. Er ist für eine Forschungsstation gut geeignet. Das Karibische Meer ist in seinen biologischen Grundlagen noch unerforscht ebenso wie das weite Mündungsgebiet des Magdalena-Stromes. Die Forschungsstation soll durch eine Stiftung getragen werden. Dieser ist bereits ein geeignetes modernes Gebäude über der Steilküste verpachtet und übergeben worden. Nach der Gründungsurkunde soll Kolumbien die laufenden Kosten der Station tragen und das technische Personal stellen. Die Bundesrepublik wird für die Erstausrüstung und das wissenschaftliche Personal aufzukommen haben. Seitens der Hessischen Regierung ist für die Kosten für die wissenschaftlichen Mitarbeiter für das erste Jahr aus einem Fond für kulturelle Entwicklung eine Zusage ergangen, die jedoch für den Beginn einer Sicherheit von 3 Jahren benötigt.

Das erste Institut für Sonderschulpädagogik im Bundesgebiet wurde an der Universität Marburg eingerichtet. Das Land Hessen will damit eine Stätte der heilpädagogischen Forschung in Deutschland schaffen. Direktor des Instituts ist Prof. Dr. Dr. von Bracken, der in seinem Eröffnungs-

vortrag erklärte, daß nach den jüngsten Untersuchungen amerikanischer und deutscher Gelehrter rund 8% aller Volksschulpflichtigen Kinder in irgendeiner Weise geistig oder körperlich behindert seien und in einer Sonderschule besser gefördert werden könnten. Das bedeute, daß zur Zeit 500 000 Jungen und Mädchen in der Bundesrepublik einer sonderschulpädagogischen Behandlung bedürften. Das neue Institut will sich der in der Bundesrepublik bisher stark vernachlässigten Forschung auf diesem Gebiet widmen und wird eng mit medizinischen, philologischen, juristischen und theologischen Instituten und Seminaren der Universität Marburg zusammenarbeiten.

Neue Einladungen der Max-Planck-Gesellschaft an die sowjetische Akademie der Wissenschaften hat Prof. Kuhn als Mitglied der Delegation der Max-Planck-Gesellschaft, die einen Gegenbesuch in der Sowjetunion gemacht hat, nachdem sowjetische Wissenschaftler im Dezember 1962 Gäste der Max-Planck-Gesellschaft in der Bundesrepublik gewesen waren, in Aussicht gestellt. Prof. Kuhn/Heidelberg, Vizepräsident der Max-Planck-Gesellschaft, zeigte sich bei einem Journalistenempfang in Moskau nach dem 14-tägigen Aufenthalt in der Sowjetunion und den hierbei besichtigten Forschungsinstituten von dem Aufwand beeindruckt, mit dem in der Sowjetunion wissenschaftliche Forschung betrieben wird. Der Gedankenaustausch mit den sowjetischen Wissenschaftlern sei offen und ehrlich gewesen. Die Institute, die im Moskauer Raum und in Taschkent besucht worden waren, hinterließen einen ausgezeichneten Eindruck, den Prof. Kuhn dahin einschränkte, daß nach seiner Beobachtung in vielen Fällen in der Forschung mehr Aufwand getrieben werde, als eigentlich notwendig sei.

Über die internationale Lage für Angebot und Nachfrage wissenschaftlicher Arbeitskräfte und Ingenieure hat die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) einen interessanten Bericht veröffentlicht, dessen Angaben aus 17 der 20 OECD-Länder sowie aus Jugoslawien stammen. Es wird nachgewiesen, daß im Interesse eines raschen wirtschaftlichen Wachstums in Zukunft wesentlich mehr Wissenschaftler und Techniker beschäftigt werden sollten als seither. Die Zahl der im OECD-Bereich beschäftigten Wissenschaftler und Techniker lag z. B. 1959 zwischen 4 und 4,5 Millionen, das sind etwas mehr als 2 v. H. der Gesamtzahl der Beschäftigten. 2,6 Millionen davon waren Wissenschaftler mit Diplomen einer naturwissenschaftlichen Fakultät und Ingenieure mit Hochschul- bzw. Fachschulbildung. Zwischen 1950 und 1959 ist die Zahl dieser Wissenschaftler und Ingenieure jährlich um 4 v. H. gestiegen, so daß sie vermutlich auch in diesem Jahrzehnt weiter anwachsen wird. Man rechnet mit einer Beschleunigung des Tempos auf jährlich 7% in Europa und 6% in Nordamerika.

Den Plan für die Errichtung eines Medizinischen Forschungszentrums hat die Weltgesundheitsorganisation (WHO) ausgearbeitet, wie deren Beamte in Genf mitteilten. Der Plan wird demnächst dem Exekutiv Ausschuss und der Vollversammlung der Weltgesundheitsorganisation zur endgültigen Beschlußfassung vorgelegt. Die Kosten für das Forschungszentrum, das voraussichtlich in Genf errichtet wird, werden auf etwa 240 Millionen DM geschätzt. In dem Zentrum sollen die Forschungsergebnisse der Welt auf medizinischem Gebiet gesammelt und an die Mitgliedsländer weitergeleitet werden. Eigene Laboratorien wird das Zentrum nicht erhalten. Es wurde in Kreisen der Weltgesundheitsorganisation darauf hingewiesen, daß das Zentrum als Warnstation bei Bekanntwerden von schädlichen Wirkungen von Arzneimitteln dienen könne.

Das Atlantische Institut, das vor 3 Jahren begründet wurde, hat jetzt erstmals eine Publikation vorgelegt, die Kunde über die Studienarbeit der zur Bearbeitung der langfristigen Probleme der Atlantischen Allianz eingeladenen Experten gibt. Es handelt sich um eine Untersuchung über die wirtschaftliche Partnerschaft zwischen der EWG und den Vereinigten Staaten. Das Atlantische Institut ist eine von Regierungsstellen wie von der NATO unabhängige Einrichtung, deren Hauptaufgabe das Zusammenführen von Politikern, Wirtschaftsführern und Wissenschaftlern abseits von nationalen oder anderen Bindungen ist. Nach dem Rücktritt des bisherigen Generaldirektors Lodge ist jetzt zu seinem Nachfolger Walter C. Dowling gewählt worden, der von 1959 bis 1963 amerikanischer Botschafter in der Bundesrepublik war. Dem Vorstand des Instituts

gehört als Vizepräsident Dr. Kurt Birrenbach Köln an, der auch Vizepräsident der Fritz-Thyssen-Stiftung ist. Eine Arbeit des Atlantischen Instituts über westliche Erziehungshilfe an Entwicklungsländer steht vor dem Abschluß. Der Sitz des Instituts ist Paris.

Zu einem Besuch nach Indien unter Leitung von Bundesminister Lenz reist eine deutsche Delegation mit den Professoren Jensen und Gentner, beide Heidelberg, Ende Januar ab. Sie hat die Aufgabe, eine verstärkte Zusammenarbeit bei der kernphysikalischen Forschung und der Reaktortechnik einzuleiten.

Der Spendeneingang beim Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft, dieser Gemeinschaftsaktion der Gewerblichen Wirtschaft zur Förderung von Forschung, Lehre und akademischem Nachwuchs, hat im Jahre 1963 rd. 31 Millionen DM erbracht. Wiederum hat sich dabei der Anteil der „zweckempfohlenen“ Spenden verringert. Er betrug im Vorjahr ein Drittel des Gesamtaufkommens und ist nunmehr auf knapp ein Fünftel zurückgegangen. Damit haben die freien Spenden zur Förderung der Wissenschaften noch über das erhöhte Spendenaufkommen hinaus eine erfreuliche Stärkung erfahren.

Die Beteiligung der Deutschen Wirtschafts-Wissenschaftlichen Forschungsinstitute an dem Sachverständigenrat, das die Bundesregierung zur Konjunkturbeobachtung berufen wird, fordert der Vorsitzende der Arbeitsgemeinschaft Deutscher Wirtschafts-Wissenschaftlicher Forschungsinstitute, Professor Dr. Friedensburg/Berlin. Die Forschungsinstitute sollten zur wirksamen Mitarbeit in den Gutachterausschüß eingebaut werden, ohne allerdings nur mit der Materiallieferung befaßt zu sein.

Zur Belebung der Forschung auf dem Gebiet des Sports und zur Koordinierung der damit verbundenen Aufgaben wurde in Köln das „Zentralkomitee zur Förderung der Forschung auf dem Gebiete des Sports“ gegründet. Das vom DSB-Präsidenten Willi Daume geleitete Zentralkomitee gliedert sich in Fortentwicklung des seit 3 Jahren bestehenden Kuratoriums für Sportmedizinische Forschung künftig unter Leitung von Professor Knipping/Köln in ein Kuratorium für Sportmedizinische Forschung und unter Leitung von Professor Burk/Kiel in ein Kuratorium für Sportpädagogische Forschung.

Zu dem Europäischen Übereinkommen über die Gleichwertigkeit der Studienzeit an den Universitäten hat jetzt die Bundesregierung dem Bundesrat ein Ratifizierungsgesetz zugeleitet. Dieses bereits vor sieben Jahren (!) in Paris unterzeichnete Übereinkommen sieht die Anerkennung der Gleichwertigkeit der im Ausland verbrachten Studienzeit zunächst nur für Studierende lebender Sprachen vor. Geprüft wird, ob das Übereinkommen auch auf Studierende anderer Sparten, vor allem der mathematisch-naturwissenschaftlichen Fächer ausgedehnt werden kann.

Die 16. ordentliche Mitgliederversammlung des Verbandes Deutscher Studentenschaften (VDS) wird vom 8. bis 15. März 1964 in Frankfurt/Main stattfinden. Der VDS, der zur Zeit die Studentenschaften von 55 Hochschulen mit insgesamt rund 253 000 Mitgliedern vertritt, plant für diese Mitgliederversammlung erstmals ein Referat einer prominenten politischen Persönlichkeit sowie weitere Referate zu einzelnen Sachgebieten. Der Delegiertenrat des Verbandes trat am 11./12. Januar in Bonn zusammen, um über interne Verbandsfragen sowie über die nächste Mitgliederversammlung zu beraten.

Jeder Abiturient wird in Zukunft grundsätzlich zum Wehrdienst herangezogen, kündigte der Bundesverteidigungsminister von Hassel letzthin in Heidelberg an. Hassel appellierte zugleich an die deutschen Universitäten und Hochschulen, den Abiturienten nach der Ableistung des Wehrdienstes den Zugang zu den Hochschulen zu erleichtern.

Zwischen Latein oder Französisch als zweiter Pflicht-Fremdsprache sollen die Quartaner an den mathematisch-naturwissenschaftlichen Gymnasien Nordrhein-Westfalens ab Ostern 1965 wählen können. Ein Schüler, der sich für eine dieser Sprachen entscheidet, soll die andere ab Obersekunda als Wahlfach nehmen können. Diesen Vorschlag hat der Kulturausschuß des Landtages in Düsseldorf einstimmig gefaßt. Das Plenum soll diese Regelung der

Landesregierung vorschlagen. Die Entscheidung zwischen Latein oder Französisch an Gymnasien mit genügend Lehrern sei schon ab Ostern dieses Jahres zu ermöglichen.

Zu der Stiftung „Ärzte helfen Ärzten“ haben die Organisationen der Westdeutschen Ärzteschaft ihre Mitglieder aufgerufen, um durch Geldspenden die berufliche Förderung von nahezu 1200 Arzt- und Zahnartzkindern aus der Sowjetzone, die von ihren Eltern getrennt in der Bundesrepublik leben, zu ermöglichen. In den letzten Jahren haben fast 400 dieser jungen Menschen mit Hilfe von Geldern aus der Stiftung ihre Berufsausbildung in der Bundesrepublik beendet.

Auf Einladung des Obersten Spanischen Forschungsrates ist der Präsident der Max-Planck-Gesellschaft, Prof. Butenandt, in Madrid gewesen, um Fragen der wissenschaftlichen Zusammenarbeit zwischen beiden Ländern zu besprechen. Er erhielt bei dieser Gelegenheit die Würde eines Ehrendoktors.

Die Internationale Rundfunk- und Fernseh-Universität (Université Radiophonique et Télévisuelle Internationale — URI), die ihren Sitz in Paris hat, kann auf ein fünfzehnjähriges Bestehen zurückblicken. Sie wurde im Januar 1949 auf französische Initiative gegründet; inzwischen gehören ihr Rundfunkanstalten aus 40 Nationen an. Die URI veranstaltet Vortragsreihen, in denen namhafte Wissenschaftler, Künstler und Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens sprechen, und vermittelt den Austausch dieser Programme unter ihren Mitgliedern. Allein in den Jahren 1961 bis 1963 wurden 30 814 Vorträge ausgetauscht. Ihr Themenkreis reicht von der „Chirurgie der Blutgefäße“ über „Kybernetik“ und die friedliche Verwendung der Atomkraft bis zum zeitgenössischen Romanschaffen und Philosophieren. Künstler, wie Erskine Caldwell, Darius Milhaud und Heinrich Böll, bedeutende Gelehrte, wie Theodor W. Adorno, Arnold Gehlen und Friedrich Butenandt, haben schon in der „größten Universität der Welt“ das Wort ergriffen. Neuerdings betreibt die URI auch die Produktion und den Austausch von Fernseh-Filmen kulturellen Inhalts. Für die Bundesrepublik vertritt der Hessische Rundfunk die Arbeitsgemeinschaft der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten (ARD) in der URI. Er strahlt die URI-Programme dienstags um 17.30 Uhr und donnerstags um 22.00 Uhr in seinem zweiten Programm aus.

Termine

Der Internationale Kongreß für Dokumentation und Information der Naturwissenschaften und Technik tagt vom 2. bis 11. Februar in Rom. Auskunft erteilt: Comitato Nazionale per la Produttività, Viale Regina Margherita 83 D, Rom.

Die wissenschaftliche Jahrestagung der Gesellschaft für angewandte Mathematik und Mechanik findet vom 7. bis 11. April in Gießen statt.

Die International Conference on Photographic Science and Engineering tagt vom 27. April bis 1. Mai in New York. Auskunft erteilt: W. Clark, Eastmann Kodak Co, Rochester 4, N.Y./USA.

Der VIII. Kongreß für große Talsperren tritt vom 4. bis 9. Mai in Edinburgh/Großbrit. zusammen. Auskunft erteilt: Deutsches Nationales Komitee der Weltkraftkonferenz Düsseldorf, Prinz-Georg-Straße 77—79.

Die Fraunhofer-Gesellschaft zur Förderung der Angewandten Forschung, Sitz München 19, Romanstr. 13, hat ihre diesjährige Jahrestagung am 5. Mai in München.

Die Jahresversammlung des Deutschen Museums findet am 6. und 7. Mai in München statt.

Die Deutsche Gesellschaft für ästhetische Medizin und ihre Grenzgebiete veranstaltet ihren 9. Kongreß vom 28. bis 30. Mai 1964 in Regensburg.

Der Deutsche Ingenieur-Tag 1964 ist auf den 3. bis 6. Juni in München gelegt worden. Auskunft erteilt: Informationsstelle des Vereins Deutscher Ingenieure, Düsseldorf 10, Prinz-Georg-Straße 77/79.

Die Max-Planck-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften veranstaltet ihre Hauptversammlung 1964 vom 9. bis 12. Juni in Hamburg. Die Vorbereitung liegt bei der Geschäftsstelle der MPG in Düsseldorf, Kaiserswerther Str. 164.

PERSONALIA

NEUE REKTOREN UND DEKANE

Gießen: Für das Amtsjahr 1964/65 wurde Prof. Dr. med. vet. Heinrich Müller (Veterinär-Chirurgie und -Augenheilkunde) zum Dekan der Veterinärmedizinischen Fakultät gewählt.

Hamburg: Prof. D. theol. Hans-Rudolf Müller-Schwefe (Praktische Theologie) wurde von der Evangelisch-Theologischen Fakultät für das Amtsjahr 1964/65 (vom 1. 4. 1964—31. 3. 1965) zum Dekan gewählt.

Kiel: Zu Dekanen wurden gewählt: Prof. D. theol. Heinrich Kraft (Kirchen- und Dogmengeschichte) von der Theologischen Fakultät; Prof. Dr. jur. Christian Friedrich Menger (Öffentliches Recht) von der Rechts- und Staatswissenschaftlichen Fakultät für die Zeit vom 1. 1. bis 31. 12. 1964 und Prof. Dr. sc. pol. Willi Albers (Agrarpolitik und Marktlehre) von der Landwirtschaftlichen Fakultät für die Zeit vom 1. 4. 1964—31. 3. 1965.

BERUFUNGEN UND ERNENNUNGEN

a) ordentliche Professoren

Berlin (TU): Zu ordentlichen Professoren wurden ernannt: Prof. Dr. rer. pol. Ernest Kulhavy (Allgemeine Betriebswirtschaftslehre und Betriebswirtschaftslehre des Handels), Privatdozent Dr. phil. Kurt Weichselberger/Dortmund (Statistik) und Prof. Dr. phil. nat. Gerhard Schneider (Regelungstechnik).

Bochum: Zu ordentlichen Professoren wurden ernannt: Prof. D. theol. Heinrich Greeven/Kiel (Neues Testament, Sozialethik) auf den Lehrstuhl für Exegese und Theologie des Neuen Testaments (Ev.-Theol. Fakultät), Prof. Dr. phil. Karl Esser/Köln (Botanik) für Allgemeine Botanik, Prof. Dr. theol. Heinrich Zimmermann/Paderborn (Biblische Theologie) für Neues Testament (Kath. Theol. Fakultät), Prof. Dr. rer. nat. Hans Musso/Marburg (Organische Chemie) für Organische Chemie, Prof. Dr. rer. nat. Günther Wilke/Aachen (Organische Chemie) für Organische Chemie, Prof. Dr. phil. Bruno Lewin/Münster (Ostasiatische Philologie) für Japanologie und Prof. Dr. phil. Hermann Lübbecke/Münster (Philosophie) für Philosophie.

Braunschweig: Dr. Ing. Werner Leonhard wurde zum ordentlichen Professor ernannt und auf den Lehrstuhl für Elektrische Antriebe und Regelungstechnik berufen.

Göttingen: Prof. Dr. med. Adolf Miehle/Saarbrücken (Hals-, Nasen- und Ohrenkrankheiten) wurde zum ordentlichen Professor ernannt und auf den Lehrstuhl für Hals-, Nasen- und Ohrenheilkunde berufen.

Hamburg: Prof. Dr. phil. Norbert Kreutzkamp/Berlin FU (Pharmazie) wurde zum ordentlichen Professor ernannt. — Prof. Dr. phil. Erich Kähler/Berlin TU (Reine und Angewandte Mathematik) hat einen Ruf auf das Ordinariat für Mathematik angenommen. — Prof. Dr. rer. nat. Heinz Menzel/Clausthal-Zellerfeld (Geophysik) hat den Ruf auf das Ordinariat für Physik des Erdkörpers angenommen.

Hannover: Prof. Dr.-Ing. Walter Höpcke (Theoretische Geodäsie) wurde zum ordentlichen Professor ernannt.

München: Prof. Dr. phil. Helmuth Gericke/Freiburg (Reine Mathematik) wurde zum ordentlichen Professor ernannt und auf den Lehrstuhl der Geschichte der Naturwissenschaften berufen.

Münster: Prof. Dr. phil. Hennig Brinkmann (Lateinische Dichtung des Mittelalters, besonders in Deutschland) wurde zum ordentlichen Professor ernannt.

Saarbrücken: Prof. Dr. med. Georg Chapchal (Orthopädie) hat einen Ruf auf den Lehrstuhl für Orthopädie an der Universität Basel erhalten. — Prof. Dr. phil. Ernst Boesch (Psychologie) hat einen Ruf auf den ordentlichen Lehrstuhl für Pädagogik an der Wirtschaftshochschule Mannheim erhalten.

b) außerordentliche Professoren

Braunschweig: Prof. Dr.-Ing. Walter Hofmann (Photogrammetrie und Kartographie) wurde zum außerordentlichen Professor ernannt.

Darmstadt: Dr. rer. nat. Paul Kienle wurde zum außerordentlichen Professor ernannt und auf das Extraordinariat für Strahlen- und Kernphysik berufen.

Hannover: Prof. Dr. rer. nat. Wolfgang Händler/Saarbrücken (Elektronische Rechenanlagen) wurde zum außerordentlichen Professor ernannt.

c) Honorarprofessoren

München: Oberkonservator Dr. Franz Dambek wurde zum Honorarprofessor der Geschichte der Christlichen Kunst bestellt. — Dr. rer. pol. Heinz Leo Müller-Lutz wurde zum Honorarprofessor der Betriebswirtschaftslehre von Versicherungsunternehmen bestellt.

d) Wissenschaftliche Räte

Berlin (TU): Der bisherige Privatdozent Dr. rer. nat. habil. Dietrich Ohm (Biologie und Anthropologie) wurde zum Wissenschaftlichen Rat ernannt.

Bonn: Prof. Dr. Herbert Klensch (Physiologie) wurde zum Wissenschaftlichen Rat ernannt.

Braunschweig: Obergeringenieur Dr.-Ing. Bodo Schrader (Institut für Vermessungskunde) wurde zum Wissenschaftlichen Rat ernannt.

e) außerplanmäßige Professoren

Erlangen-Nürnberg: Dozent Dr. med. Wolfgang Schiefer (Neurochirurgie) wurde zum außerplanmäßigen Professor ernannt. — Prof. Dr. med. Georg Schmidt (Gerichtliche Medizin) hat einen Ruf auf den ordentlichen Lehrstuhl für Gerichtliche Medizin an der Universität Tübingen und einen Ruf auf den Lehrstuhl für Gerichtliche Medizin an der Universität Gießen erhalten.

Hamburg: Prof. Dr. rer. pol. Heinz-Dietrich Ortlieb (Volkswirtschaftslehre) hat einen Ruf auf das Ordinariat für Volkswirtschaftslehre an der Universität Hamburg erhalten. — Zu außerplanmäßigen Professoren wurden ernannt: Privatdozenten Dr. phil. Heinz Nicolai (Deutsche Philologie) und Dr. phil. Günter Zimmermann (Völkerkunde).

München: Privatdozent Dr. rer. nat. Dr. med. Gerfried Ziegelmayer, Institut für Anthropologie und Human-genetik, wurde zum außerplanmäßigen Professor ernannt.

Münster: Prof. Dr. med. Walter Th. Winkler (Psychiatrie und Neurologie) wurde zum außerplanmäßigen Professor ernannt.

Saarbrücken: Zu außerplanmäßigen Professoren wurden ernannt: Die Privatdozenten Dr. rer. nat. Geza Altman (Zoologie) und Dr. rer. nat. Fritz Anders (Zoologie und Genetik).

f) Dozenten und Privatdozenten

Bonn: Zu Dozenten wurden ernannt: Dr. theol. Martin Tetz (Kirchengeschichte), Ev.-Theologische Fakultät, Privatdozent Dr. med. Wilhelm Grote (Neurochirurgie) und Privatdozent Dr. Dietrich Schmähl (Experimentelle Krebsforschung).

Hamburg: Privatdozent Dr. rer. nat. Wolfgang Walter (Organische Chemie) hat einen Ruf auf das Extraordinariat für Theoretische Organische Chemie an der Universität Hamburg erhalten. — Privatdozent Dr. rer. nat. Günter Meinardus (Mathematik) hat einen Ruf auf den neuen Ordentlichen Lehrstuhl für Höhere Mathematik an der TH Clausthal erhalten.

Hannover (Ti): Zu Privatdozenten wurden ernannt und die venia legendi erteilt an: Dr. E. Grunert für das Fachgebiet Allgemeine Tiergeburtshilfe und -gynäkologie sowie spezielle Geburtshilfe und Gynäkologie des Rindes, Dr. H. Wilkens für das Fachgebiet Anatomie, Histologie und Embryologie, Dr. K. Loeffler für das Fachgebiet Allgemeine und experimentelle Therapie und Kleintierkrankheiten und Dr. G. Trautwein für das Fachgebiet Allgemeine Pathologie und pathologische Anatomie der Haustiere.

München: Privatdozent Dr. phil. Walther Ludwig (Klassische Philologie) wurde zum Universitätsdozenten ernannt. — Zu Privatdozenten wurden ernannt und die Lehrbefugnis erteilt an: Dr. Gerhard Braunitzer und Dr. Wolfram Zillig für das Fach Biochemie.

g) Lektoren

Göttingen: Zu außerplanmäßigen nebenamtlichen Lektoren wurden ernannt: René Lemarchant für die französische Sprache, Frau Marie Denise Lottig für die französische Sprache und Dr. Stanislav Králík für die tschechische Sprache.

Münster: José M. Bella-Ventosa wurde für die Zeit vom 1. 11. 63 bis 31. 10. 64 mit den Aufgaben eines Lektors für Spanisch betraut.

HABILITATIONEN UND VERLEIHUNG DER „VENIA LEGENDI“

Bonn: Die venia legendi wurde verliehen an: Dr. med. Winfried Pioch für das Fachgebiet Gerichtliche Medizin, Dr. med. Karl Sellier für das Fachgebiet Gerichtliche Medizin und Dr. med. Wolfgang Wessel für das Fachgebiet Allgemeine und spezielle Pathologie.

Braunschweig: Dr. phil. nat. Karl-Heinz Sindowski wurde die venia legendi verliehen für das Fach Geologie unter besonderer Berücksichtigung der Lagerstättenkunde.

Darmstadt: Dr. rer. nat. Horst Elias wurde die venia legendi für das Fachgebiet Anorganische Chemie und Kernchemie erteilt. — Dr. rer. nat. Herbert Buß erhielt die venia legendi für das Fach Anorganische und Analytische Chemie und Dr. rer. nat. Eckhardt Heidemann für das Fach Gerbereichemie.

Freiburg: Die Lehrbefugnis wurde erteilt an: Dr. med. Erich Doll, Dr. med. Günther Winkelmann für das Fach Innere Medizin, Dr. med. Kurt König für das Fach Innere Medizin und Arbeitsmedizin, Dr. med. Helmut Enke für das Fach Psychotherapie und Innere Krankheiten, Dr. med. Siegfried Weller für das Fach Chirurgie, Dr. Heinz-Werner Goedde für das Fach Biochemie und Humangenetik und Dr. Norbert Kleine für das Fach Medizinische Biophysik. — Fräulein Dr. phil. Margit Lisner, wiss. Assistentin am Kunstgeschichtlichen Institut, erhielt die Lehrbefugnis für das Fach Kunstgeschichte.

Gießen: Dr. med. Bernd Vollmerhaus erhielt die Lehrbefugnis für das Fach Anatomie, Histologie und Embryologie der Haustiere.

Hamburg: Dr. med. Volker Bay erhielt die Lehrbefugnis für das Fach Chirurgie.

Saarbrücken: Die venia legendi erhielten: Dr. med. et dent. Klaus Müsebeck für das Fach Hals-, Nasen- und Ohrenheilkunde und Dr. rer. nat. Erhard Meister für das Fach Mathematik unter gleichzeitiger Ernennung zu Privatdozenten.

LEHRAUFTRÄGE

Münster: Folgende Lehraufträge für das Klinikum Essen wurden erteilt an: Prof. Dr. med. Gerhard Bornmann (Pharmakologie und Toxikologie) für das Fach Pharmakologie, Prof. Dr. med. Heinz Losse (Innere Medizin) für das Fach Medizinische Poliklinik und Prof. Dr. med. Leo Norpoth, Chefarzt der Medizinischen Klinik des St. Elisabeth-Krankenhauses in Essen, für das Fach Geschichte der Medizin.

VERTRETUNGEN

Bonn: Prof. Dr. med. Dr. med. dent. Gustav Korkhaus (Zahn-, Mund- und Kieferheilkunde) wurde für die Dauer des WS 1963/64, längstens jedoch bis zur Wiederbesetzung, mit der Vertretung des Lehrstuhls für Zahnheilkunde beauftragt. — Prof. Dr. med. Bernhard Langenbeck (Hals-, Nasen- und Ohrenkrankheiten) wurde für die Dauer des WS 1963/64, längstens jedoch bis zur Wiederbesetzung, mit der Vertretung des Lehrstuhls für Hals-, Nasen- und Ohrenheilkunde beauftragt.

Braunschweig: em. Prof. Dr.-Ing. Hellmut Hartmann (Anorganische Chemie) wurde mit der vertretungsweisen Wahrnehmung des Lehrstuhls für Anorganische Chemie und der Dienstgeschäfte des Direktors des gleichnamigen Instituts im WS 1963/64 beauftragt. — Prof. Zdenko von Strizic wurde beauftragt, den Lehrstuhl für Gebäudelehre und Entwerfen von Hochbauten C im WS 1963/64 vertretungsweise wahrzunehmen. — Mit der vertretungsweisen Wahrnehmung des Lehrstuhls für Städtebau, städt. Straßen- und Tiefbau im WS 1963/64 wurde beauftragt: Baudirektor Prof. Dipl.-Ing. Otto Sill, Baudirektor Ulrich Wienbeck, Baudirektor Dipl.-Ing. Günther Bentfeld und Obermedizinalrat Prof. Dr. Ludwig Popp.

Darmstadt: Dozent Dr. Eberhard Dülfer wurde mit der kommissarischen Verwaltung des ordentlichen Lehrstuhls für Allgemeine Betriebswirtschaftslehre II für die Dauer des WS 1963/64 beauftragt. — Prof. Dr.-Ing. Herbert W. Müller übernahm ab 1. 12. 1963 die kommissarische Verwaltung des Lehrstuhls und Laboratoriums für Maschinenelemente und Getriebe I. Dieser Auftrag gilt bis zur Wiederbesetzung des Lehrstuhls. — Dr. rer. nat. Erich Martensen wurde mit der kommissarischen Verwaltung des Lehrstuhls II für Praktische Mathematik beauftragt.

Erlangen-Nürnberg: Prof. Dr. rer. nat. Georg Johann Rieger/München (Mathematik) wurde mit der teilweisen kommissarischen Vertretung des ordentlichen Lehrstuhls für Mathematik beauftragt.

Hamburg: Prof. Dr. phil. Hans Flasche/Marburg (Romanische Sprache und Literatur) wurde mit der Vertretung eines Ordinariats für Romanische Philologie sowie der Leitung des Romanischen Seminars und des Ibero-amerikanischen Forschungsinstituts vom 1. 11. 63 bis 31. 3. 64 beauftragt. — Dr. med. Dr. med. h. c. Carl Krauspe, em. Ordinarius für Allgemeine Pathologie und pathologische Anatomie, wurde vom 1. 10. 63 bis zur Wiederbesetzung mit der vertretungsweisen Wahrnehmung des Ordinariats für Allgemeine Pathologie und pathologische Anatomie und der Leitung des Pathologischen Instituts beauftragt. — Prof. Dr. rer. nat. Ludwig Tewordt (Theoretische und Angewandte Physik) wurde mit der vertretungsweisen Wahrnehmung eines Extraordinariats für Theoretische und Angewandte Physik bis zu seiner Ernennung zum außerordentlichen Professor beauftragt.

München: Privatdozent Dr. jur. Dr. phil. Eugen Dietrich Graue (Bürgerliches Recht, Rechtsvergleichung und Internationales Privatrecht) hat für das WS 1963/64 die Vertretung eines Lehrstuhls seines Faches an der Universität Kiel übernommen.

Münster: Dozent Dr. phil. Hans Schwerte/Erlangen-Nürnberg (Neuere deutsche Literaturgeschichte) wurde für die Zeit vom 1. 10. 63 bis 31. 3. 64 mit der Vertretung des Lehrstuhls seines Faches beauftragt.

Saarbrücken: Prof. Dr. phil. Hektor Ammann, em. Ordinarius für Wirtschafts- und Sozialgeschichte, wurde für das WS 1963/64 mit der Vertretung seines Lehrstuhls beauftragt.

BEURLAUBUNGEN

Braunschweig: Privatdozent Dr.-Ing. Klaus Gersten (Strömungsmechanik) wurde vom 1. 8. 63 bis 31. 3. 64 für eine Tätigkeit an der Brown University, Providence/USA beurlaubt. — Dipl.-Chem. Dr. rer. nat. Klaus-Kurt Neumann, wiss. Assistent am Institut für Chemische Technologie, wurde vom 17. 12. 63 ab für die Dauer eines Jahres zu Forschungszwecken beim National Bureau of Standards in Washington/USA beurlaubt.

Hamburg: Prof. Dr. phil. Ernst Witt (Mathematik) wurde zum Zwecke eines Studienaufenthaltes an der Universität Hamilton in Ontario/Kanada vom 1. 11. 63 bis 29. 2. 64 beurlaubt. — ao. Prof. Dr. phil. Carl-Ludwig Furck (Erziehungswissenschaft) wurde vom 1. 11. 63 bis 29. 2. 64 für einen Tag in der Woche zur Wahrnehmung einer Gastprofessur an der Universität Kiel beurlaubt. — apl. Prof. Dr. phil. Johannes Kleinstück (Englische Philologie) wurde bis zum 31. 10. 64 zur Wahrnehmung einer Gastprofessur für Filologia Germanica an der Universität Lissabon/Portugal beurlaubt. — apl. Prof. Dr. rer. nat. Hans Severin (Physik) wurde zur Durchführung von Studien- und Forschungsarbeiten für das WS 1963/64 beurlaubt. — Privatdozent Dr. rer. pol. Otto Lenel (Volkswirtschaftslehre) wurde zur Durchführung von Studien- und Forschungsarbeiten für das WS 1963/64 beurlaubt. — Privatdozent Dr. forest. Klaus Stern (Weltforstwirtschaft) wurde für das WS 1963/64 und das SS 1964 zu Forschungsarbeiten im Phytotron des Genetischen Instituts der Forstlichen Hochschule in Stockholm/Schweden beurlaubt.

Hannover (Ti): Wissenschaftlicher Rat Dr. med. vet. Claus Messow (Allgemeine Pathologie und pathologische Anatomie der Haustiere) wurde vom 1. 10. 63 bis 31. 10. 64 zur Übernahme einer Gastdozentur und eines Lehrauftrages am Veterinär-Pathologischen Institut der Universität Zürich beurlaubt.

EMERITIERUNGEN

Braunschweig: Prof. Dr.-Ing. Hellmut Hartmann (Anorganische Chemie) wurde von seinen amtlichen Verpflichtungen entbunden.

AUSSCHEIDEN AUS DEM DIENST

Braunschweig: Prof. Dr. rer. nat. Harry Auterhoff, Direktor des Instituts für Pharmazeutische Chemie, wurde auf eigenen Antrag aus dem Dienst entlassen.

ABGELEHNT BERUFUNGEN

Freiburg: Dozent Dr. rer. nat. Günther Hämmerlin (Mathematik) hat einen Ruf auf die Lehrkanzel für Rechentechne an der TH Wien abgelehnt.

Göttingen: Prof. Dr. Hans Conzelmann (Neues Testament) hat den Ruf an die Universität Bonn abgelehnt.

München: Prof. Dr. theol. Heinrich Fries (Fundamentaltheologie) hat den Ruf auf den neu errichteten Lehrstuhl für Ökumenische Theologie an der Universität München abgelehnt.

Saarbrücken: Prof. Dr. phil. Thomas Finkenstaedt (Englische Philologie und Literaturwissenschaft) hat den Ruf auf den ordentlichen Lehrstuhl für Anglistik an der Universität Salzburg abgelehnt. — Prof. Dr. phil. Hermann Krings (Germanische und Deutsche Philologie) hat den Ruf auf den Lehrstuhl für Philosophie an der Universität Salzburg abgelehnt.

Stuttgart: Prof. Dr. phil. nat. Theodor Förster (Physikalische Chemie und Elektrochemie) hat den Ruf auf den Lehrstuhl für Physikalische Chemie an der TH München abgelehnt. — Prof. Dr. phil. Wolfgang Meckelein (Geographie) hat den Ruf auf den Lehrstuhl seines Faches an der Universität Erlangen-Nürnberg abgelehnt.

Tübingen: Prof. Dr. jur. Ernst Steindorff (Bürgerliches Recht, Handels-, Arbeits- und Wirtschaftsrecht, Internationales Privatrecht) hat den Ruf auf einen Lehrstuhl für Internationales Privatrecht an der Universität Bochum abgelehnt. — Prof. Dr. jur. Fritz Baur (Bürgerliches Recht und Prozeßrecht) hat den Ruf auf den ordentlichen Lehrstuhl für Zivilprozeßrecht und Bürgerliches Recht an der Universität München abgelehnt.

NEUE INSTITUTSDIREKTOREN

Braunschweig: Prof. Dr. rer. nat. Günter Lautz (Theoretische Elektrotechnik) wurde zum Institutsdirektor des Instituts für Elektrophysik bestellt.

Darmstadt: Prof. Dr. rer. pol. Fritz Huhle (Volkswirtschaftslehre) wurde zum Direktor des Instituts für Wirtschaftspolitik bestellt.

Hamburg: Prof. Dr. phil. Norbert Kreutzkamp (Pharmazie) wurde zum Direktor des Instituts für Pharmazeutische Chemie bestellt.

GASTPROFESSUREN

Detmold: Prof. Dr. sc. nat. Pelshenke (Getreide, Mehl, Brot), Direktor der Bundesforschungsanstalt für Getreideverarbeitung, war als Experte der Vereinten Nationen im Nahen Osten und hielt Vorlesungen an der amerikanischen Universität Beirut.

Hamburg: Prof. Dr. phil. Adolf Meyer-Abich (Geschichte der Naturwissenschaft) wird auf Einladung der University of Texas in Austin/USA Gastvorlesungen im WS 1963/64 halten.

AKADEMISCHE EHRUNGEN

a) Ehrenpromotionen

Berlin (TU): Dr.-Ing. Heinrich Winkelmann, Direktor des Bergbau-Museums in Bochum, wurde die akademische Würde Dr.-Ing. Ehren halber von der Fakultät für Bergbau und Hüttenwesen verliehen.

Braunschweig: Ministerialrat a. D. Dr.-Ing. Bruno Hampe/Bad Godesberg wurde die Würde eines Dr.-Ing. Ehren halber verliehen.

Erlangen-Nürnberg: Generalsuperintendent Hans-Martin Helbich/Berlin wurde die Würde eines D. theol. Ehren halber verliehen.

Hamburg: Prof. Dr. med. Widukind Lenz (Human-genetik) wurde von der Universität Tübingen die Ehrendoktorwürde Dr. rer. nat. h. c. verliehen.

Kiel: Prof. Dr. rer. pol. Dr. agr. h. c. Fritz Baade, MdB, (Wirtschaftliche Staatswissenschaften) wurde von der Facultad de Ciencias der Universität Sevilla die Würde eines Ehrendoktors verliehen.

TITELVERLEIHUNGEN UND AUSZEICHNUNGEN

Bonn: Prof. Dr. med. Otto Grütz, em. Ordinarius für Haut- und Geschlechtskrankheiten, wurde die Karl-Herzheimer-Medaille verliehen. — Prof. Dr. Dr. h. c. Adolf Bach (Deutsche Volkskunde) wurde von der Deutschen Gesellschaft für Familienkunde die E. v. Oidtman-Medaille verliehen. — Prof. Dr. Hugo Moser (Ältere Germanistik) wurde von der Stadt Mannheim der Konrad-Duden-Preis verliehen.

Freiburg: Prof. Dr. theol. Dr. phil. h. c. Friedrich Stegmüller, Direktor des Dogmatischen Seminars und des Raimundus-Lullus-Instituts, wurde das Komturkreuz des Zivilordens Alfonso X El Sabio vom spanischen Staatsschef verliehen.

Hannover: Prof. Dr. phil. Rudolf Hase (Technische Physik) und Prof. Dr.-Ing. Gustav Flügel (Strömungsmaschinen) wurde das Große Verdienstkreuz des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland verliehen.

München: Prof. Dr. med. Dr. med. h. c. Richard Wagner (Physiologie) wurde das Große Verdienstkreuz des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland verliehen.

SONSTIGE ERNENNUNGEN UND AUFTRÄGE

Braunschweig: Dr.-Ing. Karl-Dieter Schlums, Institut für Maschinenelemente und Fördertechnik, wurde zum Kustos ernannt. — Prof. Dr.-Ing. Karl Kordina (Baustoffkunde und Stahlbetonbau) wurde für die Dauer von 3 Jahren zum Direktor der Zentrale für amtliches Materialprüfungswesen in Niedersachsen im Nebenamt bestellt. — Frau Prof. Dr. rer. nat. Elisabeth Müller-Luckmann (Psychologie) ist in den Vorstand des Berufsverbandes Deutscher Psychologen gewählt worden.

Clausthal-Zellerfeld: Dr. Jörn Heinrich Behrens, wiss. Assistent am Geophysikalischen Institut, wurde zum Kustos ernannt.

Göttingen: Privatdozent Dr. med. Heinz Pflüger (Anästhesie) wurde unter gleichzeitiger Ernennung zum Obermedizinalrat zum Chefarzt der Anästhesie-Abteilung am Krankenhaus Nordwest in Frankfurt/M. gewählt.

Hamburg: Prof. Dr. jur. Rudolf Sieverts (Strafrecht, Kriminologie, Kriminalpolitik, Wohlfahrtsrecht, Jugendrecht) wurde zum Landgerichtsdirektor am Landgericht Hamburg ernannt.

Köln: Prof. Dr. jur. Alex Meyer, Direktor des Instituts für Luftrecht und Weltraumrechtsfragen, wurde von der Internationalen Handelskammer (IHK) zum Vorsitzenden des Luftrechtsausschusses ernannt.

München: Privatdozent Dr. med. Hermann Kurz, wiss. Assistent beim Pharmakologischen Institut, wurde zum Oberassistenten ernannt. — Prof. Dr. med. Hans-Jürgen Merté, Chefarzt der Augenabteilung des Städt. Krankenhauses, wurde zum Städt. Chefarzt der Stadt München ernannt.

EHRUNGEN UND ERNENNUNGEN

DEUTSCHER WISSENSCHAFTLER IM AUSLAND

Bonn: Prof. Dr. med. Richard Bieling (Hygiene und Mikrobiologie) wurde das Österreichische Ehrenkreuz für Wissenschaft und Kunst I. Klasse verliehen. — Prof. Dr. phil. Dr. rer. techn. Eduard Mückenhausen (Bodenkunde) wurde von der Universität Gent Belgien die Ehrenmedaille verliehen.

Kiel: Prof. Dr. med. Wilhelm Hallermann (Gerichtliche und Soziale Medizin) wurde zum Offizier des Ordens Palmes Academiques ernannt.

MITGLIEDSCHAFT IN AUSLÄNDISCHEN WISSENSCHAFTLICHEN GESELLSCHAFTEN

Bonn: Privatdozent Dr. med. Winfried Bettag, wiss. Assistent an der Neurochirurgischen Universitätsklinik, wurde zum ordentlichen Mitglied der International Society for Research in Stereoccephalotomy, Philadelphia, ernannt. — Prof. Dr. med. Peter Röttgen (Neurochirurgie) wurde zum korrespondierenden Mitglied der Harvay

Cushing Society (USA) und zum Ehrenmitglied der Neurochirurgischen Gesellschaft Chile gewählt.

Hamburg: Prof. Dr. med. Karl-Heinz Schäfer (Kinderheilkunde) wurde von der Schwedischen Pädiatrischen Gesellschaft in Stockholm zum Ehrenmitglied ernannt. — Prof. Dr. med. Friedrich Gauwerky (Röntgenologie und Strahlenheilkunde) wurde zum Mitglied der Hauptkommission bei der Internationalen Kommission für radiologische Einheiten und Messungen (NCRU) gewählt.

Hannover: Privatdozent Dr. med. vet. Leo-Clemens Schulz (Allgemeine Pathologie und pathologische Anatomie der Haustiere) wurde die Ehrenmitgliedschaft der Chilenischen Veterinärmedizinischen Gesellschaft verliehen.

Saarbrücken: Prof. Dr. phil. Manfred Mayrhofer (Vergleichende Sprachwissenschaft) wurde von der Finnisch-Ugrischen Gesellschaft (Suomalais-Ugrilainen Seura) in Helsinki zum auswärtigen (korrespondierenden) Mitglied gewählt.

BERUFUNGEN UND EINLADUNGEN DEUTSCHER WISSENSCHAFTLER INS AUSLAND

Göttingen: Privatdozent Dr. rer. nat. Werner Baur (Mineralogie und Kristallographie) wurde zum Assistant Professor an der University of Pittsburgh, Pa./USA, ernannt.

Tübingen: Prof. Dr. phil. Ph. D. Ralf Dahrendorf hat vom Präsidenten der University of Connecticut USA einen Ruf als University Professor erhalten.

GEBURTSTAGE

Berlin (TU): Prof. Dr.-Ing. Richard Kappay (Bautechnik) vollendet am 27. 1. sein 65. Lebensjahr. — Prof. Dr. phil. Dr.-Ing. Heinrich Quiring, em. Extraordinarius für Geologie und Paläontologie, vollendet am 31. 1. sein 79. Lebensjahr.

Bonn: Prof. Dr. med. Paul Martini (Innere Medizin) vollendet am 25. 1. sein 75. Lebensjahr. — Prof. Dr. med. Johannes Karl Müller (Augenheilkunde) vollendet am 30. 1. sein 65. Lebensjahr. — Prof. Dr. rer. techn. Otto Pirkel (Bodenpolitik) vollendete am 11. 1. sein 65. Lebensjahr.

Karlsruhe: Prof. Dr. phil. Dipl.-Chem. Erich Rabald (Werkstoffe und Korrosion) vollendet am 27. 1. sein 65. Lebensjahr.

TODESFÄLLE

Gießen: Prof. Dr. med. Dr. med. h. c. Rudolf Th. Edler von Jaschke, em. Ordinarius für Geburtshilfe und Gynäkologie, verstarb am 30. 12. 63 im Alter von 83 Jahren.

Aus Wissenschaft und Kultur hören Sie:

26. 1.

Lebendige Wissenschaft — Prof. Dr. Horst Nachtigall/Marburg: Der Ständestaat der peruanischen Inka (SDR, 10.00)

Die Aula, die Stunde der Universitäten — Hans Reschke: Wandlungen der öffentlichen Meinung (I) — (SWF, 10.30)

Universitas (Saarl. Rdf., 11.00)

Aus Wissenschaft und Technik — Aus den Grenzgebieten der Medizin — 1. Das bioelektrische Feld — Einflüsse des Erdmagnetismus auf unser Befinden — 2. Erdsatelliten vermitteln Ferndiagnosen (NDR II, 15.30)

27. 1.

Die Internationale Radiouniversität — Erdbebenforschung heute und morgen (1). — Univ.-Prof. Dr. Chuji Tsuboi/Tokio: Die Vorhersage von Naturphänomenen. Was ist ein Erdbeben? (Österr. Rdf. II, 14.35)

Hominisierung und Humanisierung — III. Der neue Blick auf die Welt — Von Prof. D. Heinz-Horst Schrey/Tübingen (Radio Bremen, 16.45)

Die Sterne über uns — Zweihundert Jahre Astronomie im nordbadischen Raum — Man.: Erika Kollnig (SDR, 16.45)

Radio-Kolleg — Stätten der Forschung — Das Bundesarchiv in Koblenz — Bericht von Karl Bruchmann (Deutschlandfunk, 17.30)

Dichter einer doppelten Verbannung — Porträt des Nobelpreisträgers Giorgos Seferis — Man.: Christian Enzensberger (SWF/UKW II, 20.45)

28. 1.

Radio-Kolleg — Stätten der Forschung — Das Bundesarchiv in Koblenz — Bericht von Karl Bruchmann (Deutschlandfunk, 10.10)

Lebendige Zeugen aus uralten Meeren — Von Univ.-Prof. Dr. Erich Reisinger (Österr. Rdf./Graz, 14.40)

Erlebnisse und Gestalten — Nobelpreisträger Prof. Dr. Otto Hahn erzählt (SDR, 21.00)

Die Vorlesung — Prof. Dr. Richard Schwarz/München: Humanismus und Humanitätsidee in der modernen Welt (II) (Hess. Rdf. II, 21.30)

Forum der Wissenschaft — Prof. Dr. Walter Gerlach/München: Naturgesetz und menschliche Ordnung (Radio Bremen II, 21.35)

Das Salzburger Nachtstudio — Die Theologie in einer sich wandelnden Zeit. Univ.-Prof. Dr. Hansjörgen Staudinger/Gießen: Die planmäßige Veränderbarkeit der menschlichen Erbsubstanz und das überlieferte Menschenbild der Theologie (Österr. Rdf. II, 22.15)

29. 1.

Erlebnisse und Gestalten — Nobelpreisträger Prof. Dr. Otto Hahn erzählt (SDR/UKW, 9.00)

Aus der Forschungsarbeit unserer Hochschulen — Univ.-Prof. Dr. Sieghard Morawetz: Klimaschwankung und Klimaänderung im Alpenraum (Österr. Rdf. II, 17.15)

Aus Wissenschaft und Forschung (Deutschlandfunk, 17.30)

30. 1.

Aus Wissenschaft und Forschung (Deutschlandfunk, 10.10)

Forscher zu Gast — Nobelpreisträger Professor Werner Heisenberg/München: Neues zur Materieformel (V) — (Österr. Rdf. II, 17.15)

Bildungsfragen der Gegenwart — Sinn und Zweck eines Auslandsstudiums — Man.: Michael Stürmer (Hess. Rdf. II, 17.30)

Zeitfunk aus Forschung und Technik (SWF/UKW II, 17.45)

Über das Deutschlandbild in den Entwicklungsländern — II. Auf der Suche nach dem Gespräch — Irmgard Bach berichtet über Begegnungen mit Studenten und Praktikanten (Radio Bremen II, 20.50)

Menschenleben und Menschheitsfragen — Gesammelte Rundfunkreden von Eduard Spranger — 5. Über die Ehrfurcht (SDR/UKW, 21.00)

Aus Wissenschaft und Technik — Die wöchentliche Umschau (SDR/UKW, 21.30)

Studentenfunk — Beobachtungen in Cambridge II (Hess. Rdf. II, 21.50)

Internationale Rundfunk-Universität — 1. Neue Erkenntnisse über die Stimmbildung — Historische Daten — Von Prof. Raoul Husson Nancy — 2. Der zeitgenössische Roman — Idealistischer Naturalismus in der Schweiz — Von Dr. E. Max Bräm/Basel — 3. Die alten Kulturen und die westliche Zivilisation — Religiöses und geistiges Leben — Von Prof. Hubert Deschamps/Paris (Hess. Rdf. II, 22.00)

31. 1.

Die Internationale Radiouniversität — Erdbebenforschung heute und morgen (2). — Univ.-Prof. Dr. Chuji Tsuboi/Tokio: Neue Vorhersagemethoden. Sichere Bauweisen (Österr. Rdf. II, 14.35)

1. 2.

Zwischen Mikrokosmos und Makrokosmos — Grundlagenforschung heute und morgen (3). — Über die Bildung des Menschen durch die exakten Naturwissenschaften — Man.: Prof. Dr. Herbert Meschkowski (SFB II, 11.00)

Aktuelle Naturwissenschaft — Aus Forschung und Technik — Man.: Alexander Marfeld (SFB II, 11.15)

2. 2.

Diese unsere Welt — Unendlichkeiten — Ein Blick in die Werkstatt des Mathematikers — von Walter R. Fuchs (Bayer. Rdf., 9.07)

Lebendige Wissenschaft — Die Grenzen der Anschauung in der Mathematik — Vor Prof. Dr. Karl Strubecker Karlsruhe (SDR, 10.00)

Die Aula, die Stunde der Universitäten — Wandlungen der öffentlichen Meinung (II) — Von Hans Reschke (SWF, 10.30)

Universitas — Der Einzelne, die Vielen und die Ordnung — Von Prof. Dr. Arnold Bergstraesser (Saarl. Rdf. 11.00)

Aus Wissenschaft und Technik — Bakterien im Dornröschenschlaf (NDR II, 15.30)

Das Buch der Woche — Paul Sethe: Geschichte der Deutschen (SWF, 17.15)

3. 2.

Die Internationale Radiouniversität — Erdbebenforschung heute und morgen (3) — Univ.-Prof. Dr. Chuji Tsuboi/Tokio: Tiefbeben (Österr. Rdf. II, 14.35)

Radio-Kolleg — Stätten der Forschung — Institut für Meereskunde Kiel — Bericht von Günter Ditrich (Deutschlandfunk, 17.30)

Wissenschaft aus erster Hand — Entwicklungstendenzen in der Hochspannungstechnik — Ein Gespräch mit Hochschulassistent Dipl.-Ing. Dr. Alfred Leschanz (Österr. Rdf./Graz, 20.15)

Wissenschaftlicher Bericht — Über Methoden der Literaturwissenschaft — Bericht von Gotthard Wunberg (WDR, 22.30)

4. 2.

Radio-Kolleg — Stätten der Forschung — Institut für Meereskunde Kiel — Bericht von Günter Ditrich (Deutschlandfunk, 10.10)

Die Vorlesung — Wahrhaftigkeit und öffentliche Meinung — Von Prof. Dr. Josef Klein/Göttingen (Hess. Rdf. II, 21.30)

Wohin führt die Wissenschaft? — Fragen an führende deutsche Gelehrte — 5. Gespräch: Prof. Dr. Gerd Burkhardt/Hannover und Dr. Eckart Heimendahl (Radio Bremen II, 21.35)

Das Salzburger Nachtstudio — Die Theologie in einer sich wandelnden Welt — Univ.-Prof. Dr. Karl Rahner/Innsbruck: Das Selbstverständnis der Theologie vor dem Anspruch der modernen Naturwissenschaften (Österr. Rdf. II, 22.15)

Aktuelle Wissenschaft (Saarl. Rdf. II, 22.50)

5. 2.

Aus der Forschungsarbeit unserer Hochschulen — Dr. Heinz Prokopp: Gruppenpsychotherapie an der Universitätsnervenklinik Innsbruck (Österr. Rdf. II, 17.15)

Aus Wissenschaft und Forschung (Deutschlandfunk, 17.30)

Wirtschaft im technischen Zeitalter — Eine Vortrags- und Diskussionsreihe der Fakultät für Wirtschaftswissenschaften an der Technischen Universität Berlin in Verbindung mit dem Sender Freies Berlin — Leitung der Diskussion: Prof. Konrad Mellerowicz TU und Dipl.-Kaufmann Hans-Georg Krutina SFB — 7. Konzentration in entwickelten Volkswirtschaften — Referenten: Dr. Eberhard Günther, Präsident des Bundeskartellamtes und Dr. Wolfgang Pohle, Generalbevollmächtigter der Friedrich Flick KG (SFB, 20.05)

6. 2.

Aus Wissenschaft und Forschung (Deutschlandfunk, 10.10)

Forscher zu Gast — Ein Gespräch mit Generaldirektor Dr. Erich Pohland über europäische Zusammenarbeit bei der Wiederaktivierung von Kernstoffbrennelementen (Österr. Rdf. II, 17.15)

Zeitfunk aus Forschung und Technik (SWF/UKW II, 17.45)

Kritik der Kritik — Kritik am Recht — Ein Gespräch zwischen Prof. Dr. Werner Maihofer und Prof. Dr. Arthur Kaufmann (Saarl. Rdf., 21.00)

Thema Nummer eins: Wissenschaft — Über die Anwendung quantitativer Methoden in den Sozialwissenschaften — Man.: Dr. Oskar Schatz (Österr. Rdf. II, 21.00)

Menschenleben und Menschheitsfragen — Gesammelte Rundfunkreden von Eduard Spranger — 6. Erziehung zur Verantwortung (SDR/UKW, 21.00)

Aus Wissenschaft und Technik — Die wöchentliche Umschau (SDR/UKW, 21.30)

Studentenfunk — Aktuelle Berichte aus dem Hochschulleben (Hess. Rdf., 21.50)

Internationale Rundfunk-Universität — 1. Philosophische Strömungen der Gegenwart — Die Phänomenologie — Von Prof. Dr. Hans Georg Gadamer/Heidelberg — 2. Strahlenschutz — Physikalisch-technische Grundlagen — Von Prof. Dr. Jaroslav Zakovsky/Wien (Hess. Rdf. II, 22.00)

Aus dem Hochschulleben — Kommentare und Berichte (SDR/UKW, 22.40)

7. 2.

Die Internationale Radiouniversität — Ernest Rose und Leo Weith: Das Rätsel der planetarischen Nebel (Österr. Rdf. II, 14.35)

Johann Gottlieb Fichte — Man.: Erich Mengel (Deutschlandfunk, 15.05)

Menschen und Gräser: Von Vichopfer und Nelkenparfüm — Ein Forschungsbericht aus Zentralafrika — Von Dr. Walter Konrad (Deutsches Fernsehen 1. Programm, 17.00)

Große Geographen — Wladimir K. Arsenjew — Man.: Hanno Beck (Deutschlandfunk, 17.30)

8. 2.

Große Geographen — Wladimir K. Arsenjew — Man.: Hanno Beck (Deutschlandfunk, 10.10)

Das Porträt: Niels Bohr — Man.: Alexander Marfeld (SFB II, 11.00)

Aktuelle Naturwissenschaft — Aus Forschung und Technik — Man.: Dr. Hoimar von Ditfurth (SFB II, 11.15)

Gute Nachbarschaft — Goethe sammelt Volkslieder im Elsaß — Man.: Prof. Dr. Josef Müller-Blattau (Saarl. Rdf. II, 15.00)

Wir besprechen wissenschaftliche Bücher (Österr. Rdf./Klagenfurt, 15.45)

Das Konzil zwischen den Sessionen — Versuch einer Zwischenbilanz — Es spricht P. Prof. Alois Grillmeier (Radio Bremen, 18.00)

Salzburger Geschichtsforschung in universalhistorischer Schau — Es spricht Dr. Ernst Wenisch (Österr. Rdf. II, 17.10)

Der Christ im Alltag — Ein Beitrag von Prof. Dr. Dietrich von Oppen (Saarl. Rdf. II, 19.30)

9. 2.

Lebendige Wissenschaft. Dr. Erich Baeumer: Die Sprache der Hühner (SDR, 10.00)

Die Aula, die Stunde der Universitäten. Prof. Dolf Sternberger: Marxismus als Religion (SWF, 10.30)

Universitas (Saarl. Rdf., 11.00)

Atomstadt unter dem Eis. Das wissenschaftliche Forschungszentrum unter dem Eis — Man.: Herbert Ruland (WDR II, 13.45)

Aus Wissenschaft und Technik. Meteor II — Die Aufgaben des neuen deutschen Forschungsschiffes — Von Dr. Harald Steinert (NDR II, 15.30)

Stehende Wasser — Das Leben in unseren Teichen, Tümpeln und Seen. Von Dr. Ferdinand Starmühlner (Österr. Fernsehen 17.30)